

Die Freiheit erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei feiner Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 1,20 M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für den Postweg nehmen sämtliche Postkonten-Bestellungen entgegen. Unter Erwerbhandlungen für Deutschland und Österreich 1,20 M., für das übrige Ausland 2,50 M., für Belgien, Italien, Schweiz, Norwegen, Dänemark, Schweden, Finnland, Japan, Korea, China, Sibirien, Australien, Neuseeland, Südamerika, Afrika, Asien, Ozeanien, 3,00 M., für die Postgebühren. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 2-8.

Die achtzehnjährige Kasperl-Geselle oder deren Mann kostet 1,- M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Monats-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4510, 4002, 4035, 4048, 4021.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Bergarbeiter für die Vollsozialisierung

Gegen die Stinnesfierung

Der Bergarbeiter-Verband sendet uns folgendes Telegramm:

Bochum, 11. November.

Der unterzeichnete Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands erklärt in Übereinstimmung mit dem Gesamtvorstand:

Die Beschlüsse unserer maßgebenden Organisationsvertretungen und der einstimmige Beschluß des internationalen Bergarbeiterkongresses, der in Genf stattfand, forderten die Sozialisierung des Bergbaues.

Der Vorschlag der Unterkommission des Reichswirtschaftsrats, Kleinaktien auszugeben, ist eine plumpe Fälschung des sozialistischen Gedankens und läuft auf eine Verstärkung des Privatkapitalismus hinaus.

Der Verhandlungsvorstand verlangt daher von allen Verbandsmitgliedern, daß sie die Stinnes-Silberbergischen Vorschläge betr. Kleinaktien oder einen ähnlichen Plan energig bekämpfen, andernfalls würden die in Frage kommenden Kameraden gegen die Beschlüsse ihrer Organisation handeln und müßte daraus die einzig richtige Folge gezogen werden.

Der Vorstand:

Sulsmann, Waldhede, Wittner, Wilmann, Schmidt.

Es ist dankenswert, daß der Verband so rasch Stellung genommen hat. Der Inhalt seiner Rundgebung konnte nach

den Beschlüssen der internationalen und der deutschen Bergarbeiterkonferenzen, die sich für die Vollsozialisierung ausgesprochen haben, gar kein anderer sein, als die schärfste Ablehnung des Stinnes-Vorschlages und die völlige Desavouierung der Arbeitervertreter, die einer, wie richtig gesagt wird, „plumpen Fälschung des Sozialisierungsgebändens“ ungläubigerweise zugestimmt haben.

Es ist zu erwarten, daß diese Rundgebung auch auf alle Arbeitervertreter im Reichswirtschaftsrat die entsprechende Wirkung ausüben wird. Die Verhandlungen, die dort gepflogen werden, haben gar keinen Sinn. Kapitalisten und Arbeiter werden sich über die Sozialisierung überhaupt nicht einigen. Die Verwirklichung des Sozialismus ist eine Machtfrage, und da die Sozialisierung des Bergbaues den Beginn des Kampfes um die Verwirklichung des Sozialismus bedeutet, so muß eben die Arbeiterklasse ihre Macht in die Waagschale werfen, wenn sie vorwärts kommen will. Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat sind die reine Zeitverwilderung und die Arbeitervertreter täten gut daran, dort Schluss zu machen und die Propaganda für die Sozialisierung des Bergbaues in die Massen zu tragen.

Die Vorschläge von Stinnes haben nur das eine gute, daß sie aufrüttelnd auf die Arbeiterschaft wirken werden. Von der sozialistischen Energie und der Kampfesentschlossenheit vor allem der Bergarbeiter, dann aber auch von der Unterstützung, die sie bei der gesamten Arbeiterschaft finden müssen, wird der Ausgang dieses Kampfes abhängen.

Der falsche Weg

Der Streik der städtischen Elektrizitätsarbeiter, durch dessen sichtbare Wirkungen auf Industrie, Verkehr und Privatleben Berlin am Sonnabendmorgen überrascht wurde, endete mit einem Mißerfolg der Arbeiter. Das heißt, es ist für die beteiligten Arbeiterkategorien nichts erreicht worden, was nicht auch ohne diesen Streik hätte erreicht werden können. Dieser Ausgang war vorauszu-sehen in dem Augenblick, als der Streik der Elektrizitätsarbeiter beschlossen wurde.

Städtische Arbeiter und Angestellte hatten Forderungen erhoben und standen in einer Lohnbewegung. Ein Schieds-spruch war gefällt, und am Sonnabend sollten die Ab-sprachen der in der Bewegung stehenden Angestellten und Arbeiter über ihre Stellung zu diesem Schieds-spruch stattfinden. Da erklärten die Arbeiter der Elektrizitäts-werke, sie würden die Abstimmung nicht abwarten, sondern sofort in den Streik treten und noch in der Nacht zum Sonn-abend die Werke stilllegen. Und so geschah es.

Wir nehmen an, daß die Führer der Arbeiter der Kraft-werke, die diesen Streik empfahlen haben, in diesem Vor-gehen einen taktischen Schachzug sahen, der der schwe-benden Lohnbewegung aller Arbeiter der städtischen Be-triebe von Nutzen sein sollte.

So etwas ähnliches ist taktisch möglich und Bewegungen solcher Art sind im Gewerkschaftskampfe wiederholt in An-wendung gekommen. In kritischer Situation kann man ver-suchen, durch einen überlegenen Vorstoß gegen die empfindlichste Stelle der in Frage kommenden In-dustrie eine PreSSION auf den Gegner auszuüben, um damit der Bewegung eine entscheidende Wendung zu geben. So handeln die Gewerkschaften, wenn zwar der Streik auf der ganzen Linie nicht zweckmäßig erscheint, die erhobenen Forderungen aber doch nicht kampflös preisgegeben werden sollen.

Von Erfolg begleitet wird aber diese Methode des Kampfes nur dann sein, wenn der Vorstoß einer einzelnen Gruppe nicht isoliert erfolgt, sondern nach eingehender Beratung der Vertrauensmänner aller an der Bewegung Beteiligten planvoll eingeseht wird. Der Stoßtrupp darf nicht auf eigene Verantwortung vorauslaufen, sondern muß von der Vertretung der Gesamtheit vorgeschickt werden. Alle Gruppen müssen vorher befragt werden und vorher darzu-müssen, wenn sie nicht durch einen spontanen Vorstoß über-rascht und in Verwirrung gebracht werden sollen. Darin liegt der Sinn des gewerkschaftlichen Zentralismus, daß die beauftragten Vertrauensleute aller Angehörigen einer geschlossenen organisierten oder gemeinsam kämpfenden Arbeiter- und Angestellten-gruppe in allen Phasen einer Bewegung die Führung und Entscheidung haben. Der Zweck des Zentralismus ist nicht der, daß einigen Zentralkommissionen die entscheidende Gewalt gegeben wird. Das ist ein Nebenprodukt, das unangenehm ist, dessen Wirkung abgeschwächt oder, wenn man will, beseitigt werden muß, das uns aber nicht veranlassen darf, den Zent-ralismus aufzuheben, indem sich einzelne Arbeiter-gruppen der Pflicht zur Befragung der Gesamtheit vor jedem entscheidenden Schritt entziehen, und die Gesamtarbeiterschaft mit schwerwiegenden Entschlüssen und Handlungen überrumpeln.

Um eine solche Überrumpelung handelt es sich im Falle des abgeschlossenen Streiks der städtischen Elektriker und darin lag von vornherein der Reim zum Mißerfolg. Wir deuteten schon an, daß die Gesamtbewegung dadurch nur in Verwirrung gebracht werden konnte.

Gibt das alles schon für den allmöglichten Gewerkschafts-kampf, so gilt es doppelt für den Streik einer Gruppe, deren Arbeitseinstellung die gesamte Industrie und alles Leben des Einzelnen und der Gesamtheit der Bevölkerung lahm-legt.

Wir sprechen nicht vom Streikrecht der Arbeiter-kategorien, denen sogenante lebensnotwendige Betriebe an-vertreten sind. Daß sie das Recht zur Anwendung des Streiks unter den gegenwärtigen Verhältnissen in demselben Maße besitzen müssen, wie alle anderen Arbeiter, darüber besteht für uns gar kein Zweifel. Und wir würden von der Gesamtarbeiterschaft jederzeit for-dern, daß sie für dieses Recht ihrer Brüder in jenen Betrieben mit ihrem ganzen Ein-fluß eintreten, falls es bedroht sein sollte. Die Verordnung des Reichspräsidenten hat schon gezeigt, wie notwendig das ist. Aber dann müssen wir von der Beleg-schaft der lebensnotwendigen Betriebe auch fordern, daß sie sich ihrer Verantwortlichkeit gegenüber der Arbeiterklasse bemußt bleiben.

Trifft ein Streik der Berliner Elektriker nicht das Lebens-interesse der Arbeiter, Angestellten und Beamten eines gan-zen großen Wirtschaftsbezirks mit einer Millionenbevölke-rung, die vorwiegend den arbeitenden Schichten angehört? Haben die Vertretungskörper dieser fast durchgehend organisierten Massen dann nicht das Recht, über einen Streik von solcher Bedeutung mitzubesprechen? Ist ein Elek-trizitätsstreik nicht geeignet, zahlreiche andere Organis-

Ende des Elektrizitätsstreiks

Der Vorstand des Verbandes der Maschinisten und Heizer erläßt folgende Erklärung:

Nachdem in der gestrigen Funktionärssitzung der Streifen-beschlossen wurde, erneut eine Abstimmung über das letzte Angebot vorzunehmen, hat diese im Laufe des Tages stattgefunden. Das Ergebnis dieser Abstimmung ist fol-gendes: Für die Ausnahme der Arbeit wurden 691 Stimmen abgegeben, für die Aufrechterhaltung des Streiks 989 Stim-men, ungültig 44 Stimmen. Die erforderliche Dreiviertel-mehrheit für Fortführung des Streiks ist hiermit nicht er-reicht und somit der Streik beendet. Verhand-lungen über die Wiederaufnahme der Arbeit mit der Direktion sind bereits durch die Betriebsratsmitglieder ein-geleitet.

Wir fordern hiermit alle Kollegen auf, die Arbeit sofort und geschlossen wieder aufzu-nehmen, wie sie sie niedergelegt haben. Im-teresse aller beteiligten Kollegen hat der Verbandsvorstand alles aufgeboten, die Bewegung zu einem ordentlichen Abschluß zu bringen. Wir fordern die Kollegen auf, auch fernherhin Ruhe und Besonnenheit zu bewahren. Kol-len, welche alle Verdrehungen und Ver-schiebungen unverantwortlicher Personen zurück und haltet fest an eurer Gewerkschaft.

Der Verhandlungsvorstand:

Sermann, Liebe, Rudolf Schlichting.

Wiederaufnahme der Arbeit

Am 2 Uhr mittags fand in der Streikleitung eine Konferenz der Vertrauensleute und Betriebsräte der einzelnen Werke statt. Obwohl die Resultate der beiden Werke Oberpree und Kummelsburg noch nicht vorlagen, ließ sich doch bereits über-sehen, daß der Streik sich nicht mehr durchführen ließ. So wurde der Beschluß gefaßt, den Streik als beendet zu erklären und so-fort mit der Wiederaufnahme der vollen Arbeit zu beginnen. Die Funktionäre begaben sich in die Kraft- und Unterstationen, wo sie zunächst den bereits versammelten Arbeitern den Beschluß der Streikleitung mitteilten und dann den Betriebsleitungen Nach-richt gaben. Um vier Uhr nachmittags wurden sämtliche Kessel in Betrieb gesetzt und um 6 Uhr abends konnte bereits an fast alle Stadtteile Licht abgegeben werden. Durch Umschaltung wurde der aus Golpa kommende Strom auf die Hauptwerke verteilt.

Die Arbeiter der Charlottenburger Gaswerke beschloßen in ihrer gestrigen Betriebsversammlung, den Streik abzugeben und heute früh 6 Uhr die Arbeit in vollem Umfang wieder aufzu-nehmen.

Unsere Rathausfraktion zum Streik

Die Fraktion der Unabhängigen Sozialisti-schen Partei in der Berliner Stadtverordnetenversamm-lung beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit dem Streik der städtischen Arbeiter. Sie gab der Meinung Aus-druck, daß bei der jetzigen Zusammensetzung in der Gemeinde die Möglichkeiten für eine friedliche Verständigung nicht enifernert erschöpft worden sind, und daß deshalb der Streik noch keiner Richtung hin als gerechtfertigt er-achtet werden kann.

Die Fraktion erhebt aber den schärfsten Protest gegen die Verordnung des Reichspräsidenten, die in der schwersten Weise in die Selbstverwal-tung der Gemeinden eingreift und auch an dem Koalitionsrecht der Arbeiter rüttelt. Die Fraktion verlangt mit aller Entschiedenheit, daß diese Verordnung schleunigst zurückgezogen wird. Ueber die städtischen Betriebe hat nur die Stadt Berlin allein zu bestimmen.

Kein Streik der städtischen Hilfskräfte

Wie bereits gemeldet, hatten die städtischen Hilfskräfte dem Ma-gistrat ein Ultimatum gestellt, mit ihnen über eine neue Fest-setzung der Gehälter für die städtischen Hilfskräfte zu verhandeln. Der Magistrat hat daraufhin geantwortet, daß er prinzipiell bereit sei, mit den Hilfskräften über ihre Forderungen zu ver-handeln. In einer Sitzung der Tariffkommission und der in Frage kommenden Verbände, die am Donnerstag nachmittags stattfand, wurde daraufhin beschlossen, daß die Hilfskräfte, um die Finanzen der Stadt nicht unnötig zu beschweren, bis zur Auf-stellung des neuen Etats von weiteren Lohnforderungen absehen wollen.

Die Hilfskräfte des Magistrats erhalten jetzt bei einer 182 stündi-gen Arbeitszeit im Monat Gehälter von 626 bis 1050 Mark. Hierzu tritt ein Stundenzuschlag von 2 Pfg. pro Arbeits-stunde, entsprechend dem am vergangenen Donnerstag gefällten Schiedsspruch des Magistrats. Obwohl die Hilfskräfte den Schiedsspruch als solchen abgelehnt haben, haben sie einem Streik nicht beigestimmt, sondern die Verordnung ausgegeben, daß in allen Büros weiter gearbeitet werde.

(Siehe auch 3. Seite.)

faktionen in eine Bewegung zu stoßen — vielleicht in einem Augenblick, in dem der unvorbereitet entstehende Kampf in vielen Fällen mit der Niederlage enden muß? Haben die Vertrauensleute dieser Verbände nicht einen Anspruch darauf, zur Mitberaterung über derartige Bewegungen herangezogen zu werden? Gehört ein Streik in den Kraftwerken nicht zu jenen Bewegungen, die die stärksten politischen Auswirkungen zeitigen müssen, die die gesamte Bourgeoisie mit allen ihren Nebenschichten und mit Hilfe ihrer Presse und der Staatsgewalt sofort zur Einheitsfront gegen die Arbeiterklasse zusammenführt? Deutlich hat es die Haltung der liberalen Presse bewiesen.

Kurz: ein Streik der Elektriker ist eine Angelegenheit der gesamten Arbeiterklasse und aller ihrer wirtschaftlichen und politischen Organisationsfaktoren. Darum muß die Arbeiterklasse den Anspruch erheben, daß von ihr für diesen Zweck bestellte Organe über Streikbewegungen von dieser Tragweite mitbestimmen, wenn sie sich nicht immer wieder durch spontane Handlungen einzelner Gruppen vor Katastrophen gestellt sehen will, die leicht schlimmer ausgehen können, als in diesem Falle. Diese Lehre muß die Arbeiterklasse aus der durch die Ueberrumpelungstaktik der Elektrizitätsarbeiter erlittenen Niederlage ziehen. Es geht nicht an, daß der Futurismus auch noch auf die Gewerkschaftsbewegung übertragen wird, was, wie wir hoffen, die Elektrizitätsarbeiter selber einsehen werden.

Sollte sich aber die Bewegung in der von uns durch einige Fragen als möglich bezeichneten Richtung bewegen, bestand die Absicht, zahlreiche andere Organisationen in den Kampf zu zwingen und andere als rein lohnpolitische Wirkungen auszulösen, spült hinter dem Streikbeschluss der Arbeiter in den Kraftwerken die Idee vom „Mitstreifen indifferenter Schichten“, so ist das Ende erst recht ein Mißerfolg — nicht nur lohnpolitisch, sondern auch ein Mißerfolg dieses taktischen Fimmels. Niemand ist mitgerissen worden. Bei der Gesamtheit der Elektrizitätsarbeiter sehen wir solche Absichten nicht voraus. Für sie war die Bewegung ein Lohnkampf, bei dem sie sich nur in den Mitteln vergriffen haben. Aber einzelnen Leuten, die offen oder insgeheim in der Bewegung eine Rolle gespielt haben, trauen wir diesen Wahnsinn, der von den täglich gepredigten kommunistischen Vorstellungen von dem bevorstehenden großen Schlag genährt wird, schon zu. Dürfen wir an diese Geister vielleicht die Frage richten, wozu die Arbeiterklasse „mitgerissen“ werden sollte? Muß sie das nicht wissen, wenn sie kämpfen will? Ist es nicht ein Verbrechen, die Arbeiterklasse durch das planlose Vorgehen einer kleinen Gruppe blindlings in einem Kampf treiben zu wollen in einer Situation, wo die Bourgeoisie mit brennender Begierde darauf lauert, daß sie der Arbeiterklasse den längst geplanten Schlag zufügen kann? Auch diesen revolutionären Gymnastikern muß die Arbeiterklasse die Macht aus der Hand schlagen, indem sie sich für die Zukunft vor Ueberrumpelungen schützt.

Allerlei Merkmale lassen erkennen, daß auf kommunistischer Seite Geistes bekanden, die Verwirrung dieser Tage zu einer allgemeinen Aktion zu steigern, indem weitere und weitere Gruppen von Betrieben planlos in die Bewegung hineingerissen werden sollten. Parole folgte auf Parole, kein einheitliches Ziel ist erkennbar, Phrasen herrschen. Heute werden die Betriebe verlassen, morgen werden sie „besetzt“. Diese Methode muß zum Ruin der Arbeiterbewegung führen, wenn die Arbeiterklasse diese Gesellschaft nicht schnell abschüttelt und unschädlich macht, indem sie sie unter sich läßt.

Oberbürgermeister Wermuth

Das Bürgertum ist dem Oberbürgermeister der Stadt Berlin sehr feindselig gesinnt. Es kann keinen Mann vertragen, der aufrecht seinen Weg geht und nicht bei jeder Gelegenheit vor den Interessen des Bürgertums seine Reserven erweist. Es war vorauszusetzen, daß die Haltung des Oberbürgermeisters Wermuth in dem jetzt zu Ende gegangenen Streik aus den Kreisen des Bürgertums heftig angefeindet würde. Daß es aber ein angeblich demokratisches Organ ist, daß im Ton wie in Inhalt die Führung bei diesen Angriffen hat, zeigt erneut, daß sich die sogenannten Demokraten von den offenen Reaktionsären nur durch ihre Hinterhältigkeit unterscheiden.

Die „Kosische Zeitung“ macht in ihrer gestrigen Morgenausgabe Wermuth den Vorwurf der Schwäche, bezichtigt ihn des Mangels an Ueberzeugungstreue und an Kühnheit, und klagt ihn an, daß durch seine Nachgiebigkeit die Situation immer unheilvoller geworden ist. Mit Vertretern des Bürgertums über Aufrichtigkeit der Gesinnung zu diskutieren, insbesondere eine Diskussion darüber mit dem Blatte, das sich selbst durch den Mangel an Gesinnung und auffälligste Anpassung an die herrschenden Strömungen jederzeit ausgezeichnet hat, erscheint uns als überflüssig und unnötig.

Aber auch sachlich sind die Vorwürfe gegen Wermuth unbedeutend. Er sah in durchaus richtiger Erkenntnis seine Aufgabe nicht in der Verschärfung des Konflikts, sondern in seiner Milderung und möglichst baldigen Beilegung. Er verhandelte deshalb, schlug nicht nach der Art der Scharfmacher mit der geballten Faust auf den Tisch und bereitete so den Boden der Verständigung, durch den nun der Streik ein Ende gefunden hat. Er tat das, weil er Verständigt hat für die Räte und für die Stimmung der Arbeiter; weil er einen Einblick gewonnen hat in die ungeheuren Sorgen, durch die ihr Dasein belastet wird, und durch die Schritte entstehen, die nicht mit den Interessen der Allgemeinheit in Einklang zu bringen sind. Aber selbst, wo das der Fall ist, läßt er nicht außer acht, daß sie die Folge der Politik der letzten Regierung sind, die die Unzufriedenheit der Arbeiter mit ihrer Lebenshaltung täglich vergrößert. Wenn er trotzdem den Forderungen der städtischen Arbeiter Widerstand entgegensetzte, so deshalb, weil die Finanzkraft der Stadt ein weiteres Entgegenkommen im Augenblick unmöglich machte, und er nun entschieden diesen Standpunkt der Allgemeinheit zur Geltung zu bringen suchte.

Als sich vor wenigen Wochen in Italien die Cürung unter der Metallarbeiterkraft in der gewaltigen Bewegung der Fabriken äußerte, da war die gesamte bürgerliche Presse Deutschlands des Lobes voll über das Verhalten des Ministerpräsidenten Giolitti, der sich jeden Eingriffs in den Streik enthielt und Italien dadurch vor außerordentlich schweren Erschütterungen bewahrte. Daß dieselbe Presse jetzt den Oberbürgermeister von Berlin wegen derselben Handlung heftig angreift, daß die Demokratische Partei die heftigste Entrüstung über das „böswillige Verfehlen“ des Oberbürgermeisters Wermuth heuchelt, deutet deshalb auf ein hohes Maß von Unaufrichtigkeit und politischer Rechnungs-träger.

Und gerade an dem heutigen Tage, an dem die Einführung Wermuths als Oberbürgermeister der neuen Stadtgemeinde erfolgen soll, in dem Augenblick, wo die bürgerliche Presse Gerüchte über seine Rücktrittsabsichten veröffentlicht, erkennt es die Arbeiterklasse gerne an, daß sie bei der Neugestaltung der Verhältnisse in der Stadtgemeinde Berlin die wertvolle Unterstützung Wermuths genießt.

Dunkles Treiben

Uns wird geschrieben: Von der K. A. P. D. und von der sozialistischen Betriebsorganisation oder Arbeiter-Union wird mit allen Mitteln versucht, die Lohnbewegung der städtischen Arbeiter und den Streik der Elektriker auch auf das mitteldeutsche Industriegebiet zu übertragen. Ganz besonders werden die Garmowitzer Elektrizitätsarbeiter aufgefördert, in den Streik einzutreten.

Am Montag waren Vertreter der K. A. P. D. und der Union in Garmowitz, um für eine politische Aktion zu werben. Unter anderem ist folgendes interessant: Ein Arbeiter der Garmowitzer Werke bekam die Nachricht aus Berlin, er solle am Montag einen Kurier ermarren, der weitere Parolen für eine Aktion bringen werde. Dieser Kurier traf mit folgender Meldung auch wirklich ein: Nützlich der Demonstration am Sonntag in Berlin seien die Arbeiter mit Maschinengehören von der Polizei und der Reichswehr beschossen worden. Es habe viele Tote und Verwundete gegeben. Dieses mühte eine große politische Aktion auslösen und die Garmowitzer Elektrizitätsarbeiter mühten demgemäß handeln.

An unsere Leser!

Es gehen uns fortlaufend Mitteilungen darüber zu, daß die Besuche sorgfältig werden, mit unläuterer Mitteln unsere Abonnenten vom Besuche der „Freiheit“ abzuhalten. Trotzdem es bisher nicht gelungen ist, unser Unternehmen auf diese Weise zu schädigen, sehen verantwortungsvolle Elemente ihre Bemühungen fort, die „Freiheit“, das Organ der unabhängigen Sozialdemokratie und das Blatt der arbeitenden Bevölkerung Groß-Berlins, ihren Lesern zu entziehen.

Wir richten deshalb an unsere Abonnenten wiederholt die Bitte, der Hauptexpedition der „Freiheit“, Berlin C 2, Breitestr. 8/9, sofort schriftlich oder telephonisch Kenntnis davon zu geben, wenn in der Zustellung unserer Zeitung irgendwelche Störungen eintreten. Die Geschäftsleitung wird für sofortige Beseitigung der Mängel Sorge tragen.

Dieses Schriftstück sei mit dem Stempel der K. A. P. D. versehen und mit zwei unleserlichen Unterschriften. Der Genosse traute aber dem Kurier nicht und hat das Schriftstück an die Zentrale der K. A. P. D. weitergeleitet. Die dortigen Arbeiter sind zu besonnen, um derartigen Machinationen zum Opfer zu fallen. Besonnenes Verhalten braucht sie nicht zu hindern, ihre Solidarität gegenüber ihren Berliner Kollegen zu wahren. Die Arbeiterklasse hat überall auf so dunkle Gestalten zu achten.

Die Opfer Marlohs

Wortbruch der Regierung

Im Reichstage haben die Genossen Herz und Bedeborn folgende Anfrage eingebracht:

Am 11. März 1919 wurden durch den Oberleutnant Marloh in der Französischen Straße zu Berlin, 19 unschuldige Matrosen ermordet. Nachdem diese schauerliche Tat in der Öffentlichkeit bekannt geworden war, versprach der Reichspräsident eine strenge Untersuchung gegen die Schuldigen, ungleich versichert er, daß die Angehörigen der Ermordeten durch den Staat entschädigt werden sollen. Der Prozeß der Ende November 1918 gegen den Oberleutnant Marloh zur Verhandlung kam, bestätigte im vollen Umfange die völlige Schuldlosigkeit der Ermordeten, und der Kriegsgerichtsrat Dr. Herz, der die Anklage vertrat, versicherte im Gerichtssaal mit erhabener Stimme: „Es ist die moralische und gesetzliche Pflicht des Staates, daß er das Unheil, das in einer fernen Zeit von einem Angestellten des Staates heraufbeschworen worden ist, wieder gut macht und die Angehörigen der getöteten Matrosen entschädigt.“

Trotz des klaren Ergebnisses der Beweisaufnahme des Marloh-Prozesses und trotz der Versicherungen des Kriegsgerichtsrats Doktor Herzernahm die Reichsregierung nichts, um die Angehörigen der ermordeten Matrosen in irgend einer Weise zu entschädigen. Es handelt sich bei den Ermordeten zum größten Teil um Familienväter oder um Söhne, die die einzigen Ernährer eines alten Mutter waren. Die Angehörigen gerieten in bittere Not. Um lindern einzugreifen, veranstalteten Redaktionen und Verlag der „Freiheit“ in Berlin vor Weihnachten 1918 eine private Sammlung, deren Erträge die Angehörigen der ermordeten Matrosen übermittelte wurden.

Als der Aufruf zur Sammlung bekannt wurde, erklärte die Regierung noch einmal, daß sie die Versorgung der Angehörigen in vollem Umfange übernehmen werde. Bisher wurden ihnen aber nur eine kleine Abschlagszahlung von ungefähr 200 Mark durch die Berliner Intendantur überwiesen. Im übrigen wurden die Geschädigten auf den Klageweg verwiesen. Die Gerichte haben bisher eine Entscheidung immer wieder hinausgeschoben, angeblich, weil sie nicht in den Besitz des schriftlichen Urteils gegen den Oberleutnant Marloh gelangen können. Die Angehörigen der ermordeten Matrosen gehen also zum zweiten Mal einem harten Winter entgegen, ohne daß der Staat sein wiederholt gegebenes Versprechen eingelöst hat und sie pflichtgemäß versorgt.

Neben den Angehörigen der ermordeten Matrosen sind noch etwa 300 Angehörige der 3. Marinebrigade in der Französischen Straße mit erschossen werden sollten, dann aber als Gefangene nach Moabit transportiert und (später) auf freien Fuß gesetzt wurden. Die Reinhardt-Soldaten, die die Exekution vornahmen, beraubten nicht nur die Leichen, sondern nahmen ihnen auch Geld, Uhren, Mäntel und Bekleidungsstücke weg, die sie bis heute noch nicht zurückerhalten haben. Auch eine Entschädigung ist rundweg abgelehnt worden.

Was bedeutet die Reichsregierung zu tun, um ihr wiederholt gegebenes Versprechen auf ausreichende Entschädigung der Angehörigen der Ermordeten endlich einzulösen? Müht sie das Verhalten der Gerichte, die das Entschädigungsverfahren in die Länge ziehen? Will die Reichsregierung endlich dafür sorgen, daß den Angehörigen der unschuldigen ermordeten Matrosen, wie auch den hunderttausenden Gefangenen der vollen Sachschäden nicht beim Weg der Winterkälte eine entsprechende Hilfe bekommt?

Wir verlangen, daß die Regierung sich sofort klar und unweiblich auf diesen Fragen äußert.

Ein deutschnationaler Held

Dem „Vorwärts“ wird von besonderer Seite geschrieben: Unter den deutschnationalen Führern des alten Reichstages gab es einen Mann, der wie alle Deutschen, die auf dem Wege zur Bildung nur eine kleine Strecke zurückgelegt haben, zwischen politischer Gegnerschaft und persönlicher Feindschaft keine Grenze zu ziehen wußte. Jeder Sozialdemokrat war in seinen Augen eine intellektuell und moralisch minderwertige Persönlichkeit. Er achtete deshalb, wo er konnte, die sozialistischen Abgeordneten durch Zeichen der Geringschätzung. Unsere Genossen mühten also ohne seine Achtung leben, er übte auch ohne die ihrige, denn sie hatten von ihm verächtlichen Mut, den er in Worten für sich in Anspruch nahm, seine übertrieben hohe Vorstellung. Seine Vorliebe dafür, mit Kraft zu sprechen, die er z. B. in der Zauberedebatte durch die Worte: „Herr Gott, wenn ich noch Landrat wäre!“ bewies, erinnerte sie stets daran, daß schwache und ängstliche Lebewesen aus dem Tierreich, um sich dagegen zu schützen, daß sie als solche erkannt werden, die Stimme oder die Farbe eines gefährlichen Tieres annehmen.

Wenige Tage nach dem 9. November 1918 erschien der deutschnationalen Führer bei einem der sozialdemokratischen Volksbeauftragten. Es war eine gründliche Veränderung an ihm zu bemerken; er zeigte nämlich Manieren. Inzwischen war er nicht gekommen, um zu beweisen, daß er die Wohltaten einer guten Kinderstube genossen hätte, vielmehr war der Zweck seines Besuchs, sich bei dem sozialdemokratischen Führer zu erkundigen, ob dieser in seinem Leben sei, sein kostbares Leben zu sichern. Als der Volksbeauftragte erwiderte, er könne zu seinem Bedauern die von dem anderen gewünschte Garantie nicht übernehmen, da auch sein eigenes Dasein nicht gegen die Gefahr der Vernichtung gesichert sei, sagte der tapfere Konservativ, er wolle dann Berlin verlassen (wenn wir nicht irren, mit dem Reichstag Westpreußen), ob dagegen etwas einzumenden wäre. Der Sozialdemokrat antwortete, daß er an dem Verweilen des anderen in Berlin durchaus nicht interessiert sei. Nun erklärte der deutschnationalen Führer mit dem Wunsch heraus, daß der Sozialdemokrat ihm einen Geleitbrief auf den Weg geben möge, damit er erforderlichenfalls Arbeiter- und Soldatenräten gegenüber geschützt sei. Der gutmütige Volksbeauftragte erfüllte den Wunsch des vornehmen Mannes, und dieser entfernte sich vergnügt. Hat Ihnen der Brief auf Ihrer Reise gute Dienste geleistet, Herr Graf Westarp?

Die Westarp, Wulle, Helfferich, Ludendorff und Konsorten hat immer zwei Eigenschaften ausgezeichnet: Frechheit und Feigheit. Daß diese Tatsache, die durch ihr ängstliches Vertriehen am und nach dem 9. November schon zur Genüge bekannt war, nun noch durch dieses Einzelbeispiel ergänzt wird, ist eine weitere wertvolle Bestätigung.

Demokratischer Schwindel

Als neulich in der Stadtverordnetenversammlung von einem unserer Redner darauf verwiesen wurde, daß die bürgerlichen Parteien der neuen Stadtgemeinde alle nur denkbaren Schwierigkeiten bereiten, gab es bei ihnen künstliche Entrüstung. Die größte natürlich bei den Demokraten. Sie aber trifft diese Vorwürfe am meisten. In der gestrigen Abendausgabe des „Berliner Tageblatts“ findet sich ein neuer Beleg dafür. Die Heftstelle Groß-Berlin wird darin für verantwortlich gemacht, daß künftig nur noch alle vier bis fünf Wochen für den Kopf 50 Gramm Butter verteilt werden können, obwohl doch jedes Kind weiß, daß das die Folge der unverantwortlichen und von den Demokraten unterstützten Ernährungspolitik der Reichsregierung ist.

In dem Artikel wird ferner die Behauptung aufgestellt, daß, um diese winzige Menge zu verteilen, einige tausend Angestellte des Magistrats in Bewegung gesetzt werden. Das ist natürlich un wahr, und es fällt schwer, dem Verfasser für diese Behauptung den guten Glauben beizumessen. Denn jedermann weiß, daß bei der Heftstelle, Abteilung Butter, gegenwärtig etwa vierhundert Angestellte beschäftigt werden, während die übrigen in der Milchversorgung tätig sind. Wollen die Demokraten aber etwa auch dafür die Verantwortung übernehmen, daß die Milchbewirtschaftung beeinträchtigt wird, und daß nur noch die Schieber und Wucherer Milch genügen können?

Der ganze Artikel ist eine bewußte Stimmungsmache gegen den den Demokraten unangenehmen Magistrat. Denn was sachlich zu der Verminderung des Umfangs der Heftstelle zu sagen ist, haben wir bereits vor mehr als einer Woche in einem Artikel in Nr. 473 unseres Blattes gesagt. Und es bedarf nicht erst der überflüssigen Bemerkungen der Demokraten, um die sozialistische Mehrheit der neuen Stadtgemeinde zu einer verantwortungsvolleren Politik zu veranlassen, als sie der Freisinnstümpel Jahrzehnte lang betrieben hat.

Die Abfindung der Hohenzollern

Der „Vorwärts“ wiederholt in seiner Nummer vom 4. November den bereits im März allerdings vorgebildet gemachten Bericht, auch mich mit der Verantwortung für den von rechtssozialistischen Ministern gemachten Vorschlag einer Millionabfindung der Hohenzollern zu belasten. Das Zentralorgan der Sozialdemokratie spricht davon, daß die Sozialdemokraten und Unabhängigen jetzt in der Reichstagsversammlung im engsten Zusammenwirken dem Vergleich zwischen Hohenzollern und Preußen entscheidend Opposition machen, und daß gewisse Uebereinigungen, die ebenfalls gleichmäßig der unabhängigen Minister Dr. Rosenfeld und der sozialdemokratischen Minister Siedelmann begangen haben.

Ich muß es ganz entschieden zurückweisen, mit Herrn Siedelmann in einem Atemzug genannt zu werden. Bereits in der „Freiheit“ vom 13. März 1920 habe ich ausführlich dargelegt, daß gerade auf mein Betreiben die Beschlagnahme des gesamten, auch des Privatvermögens der Hohenzollern erfolgt ist. Rechtssozialistische Minister waren mir damals allerdings vor, in der Beschlagnahme des Hochvermögens bereitwillig zu sein. Ich habe mich aber damals als Justizminister durch solche Vorwürfe ebensowenig kümmern lassen, die Hand an das Vermögen der Hohenzollern zu legen, wie ich jetzt die entgegengelegten Vorwürfe des „Vorwärts“, ich sei gegenüber den Hohenzollern übermäßig entgegenkommend gewesen, irgendwie berühren können. Die Äußerung des „Vorwärts“ ist nicht nur dadurch erklärlich, daß er die Öffentlichkeit davon ablenken will, daß rechtssozialistische Minister maßgebenden Einfluss in der jetzigen Regierung ausüben, die den jetzt von der rechtssozialistischen Fraktion der Reichstagsversammlung beklagten Vergleich mit den Hohenzollern beschloß und der Reichstagsversammlung zur Genehmigung vorlegte. Nicht mich trifft der Vorwurf zuweitgehender Entgegenkommens gegenüber den Hohenzollern, sondern lediglich die Parteifreunde des „Vorwärts“, insbesondere die Minister Siedelmann, Baerisch, Siedelmann und Braun.

Rudolf Rosenfeld

Malone verhaftet. „Times“ erzählt, daß das kommunistische Unterhausmitglied Malone, in dessen Wohnung eine Durchsuchung abgehalten wurde, gestern in Dublin verhaftet worden ist. — Malone war als englischer Oberst der englischen Armee in Rußland zugeworfen und hat sich dort zum Kommunismus bekehrt.

Die Bürgerlichen und das Märzabkommen

In großer Verlegenheit

Der Haushaltsausschuss des Reichstags beendete am Donnerstag die allgemeine Aussprache über den Ernährungsetat. Sie hatte mit erschütternder Deutlichkeit gezeigt, daß durch die völlig ungenügende Ablieferung von Weizen und Hafer die Versorgung der Bevölkerung stark gefährdet ist und Nahrungsmittel für Kinder überhaupt nicht hergestellt werden können. Es fehlte deshalb nicht an sanften Ermahnungen an die Landwirte, sich ihrer Verpflichtung zur Ablieferung mehr zu erinnern. Wie wenig aber die bürgerlichen Parteien geneigt sind, wirksame Maßnahmen zu treffen, durch die mit Sicherheit eine Erhöhung der Ablieferung erfolgt, und wie wenig sie geneigt sind, unterlassene Ablieferung mit der nötigen Strenge zu bestrafen, zeigte ihre Stellung zu dem folgenden vom Genossen Herz begründeten Antrag:

Der Ausschuss wolle beschließen, die Reichsregierung zu eruchen, im Hinblick auf die überaus schlechte Ablieferung von Weizen und Hafer sofort Maßnahmen zu treffen, die den Punkt 7 des im März dieses Jahres zwischen der Regierung, den Parteien und den Gewerkschaften getroffenen Abkommens durchzuführen, nach dem die „Sicherung der Erfüllung der Ablieferungsverpflichtungen durch Gründung von Lieferungsverbänden und Verhängung sühntlicher Strafen bei böswilliger Verletzung der Verpflichtungen“ geschehen soll.

Dieser Antrag rief große Verlegenheit bei den bürgerlichen Parteien hervor. Abg. Dr. Köhler verlegte sich zunächst darauf, ihn für unverständlich zu erklären. Als diese Ausrede wegen ihrer Pöcherlichkeit aber keinen Anklang fand, brachten Zentrumsgenossen einen in aller Eile zusammengestellten Gegenantrag ein. Genosse Herz wies ab, unterläßt nicht von dem Abgeordneten Herz, eingehend darauf hin, daß der Antrag der

beiden sozialistischen Parteien nur dem entspreche, was im März zwischen den Parteien, der Regierung und den Gewerkschaften vereinbart worden sei. Die Gründung von Lieferungsverbänden und die Verhängung sühntlicher Strafen bei böswilliger Verletzung der Ablieferungsverpflichtungen seien die einzigen Mittel, durch die eine Steigerung der Ablieferung erzwungen werden könne. Der Inhalt des März-Abkommens entspreche zwar nicht den weitergehenden Wünschen seiner Partei, gegenwärtig wolle er sich aber mit der damals vereinbarten Formulierung begnügen, um überhaupt erst einmal die Lieferungsverbände entstehen zu lassen. Werde dieser Antrag aber nicht angenommen, so sei das nicht nur ein Bruch des März-Abkommens, sondern auch der ehrenwörtlichen Verpflichtung der Parteien, für die Durchführung des Abkommens zu sorgen. Da die bürgerlichen Abgeordneten in ihrer Verlegenheit zunächst keinen Ausweg wußten, beantragten sie Aussetzung der Abstimmung über den Antrag in der Hoffnung, später doch noch irgend ein Hinterbüchlein zu finden, durch das sie aus dieser heiklen Situation herausfinden können.

Herner wurde beschlossen, die Veterinärfragen vom Reichsministerium des Innern zu trennen und dem Reichsministerium für Landwirtschaft zu überweisen. Dieser Beschluß erfolgte mit den Stimmen der Bürgerlichen, trotzdem einige Regierungsvertreter mit Nachdruck betont hatten, daß dadurch eine Verwahrung des Beamtenapparates und eine Erhöhung der Ausgaben eintreten werde. Bei Förderung der agrarischen Interessen also gilt der Grundsatz der Sparsamkeit nicht. Angenommen wurde auch der Antrag, ein Verbot für die gewerksmäßige Herstellung von Kuchengebäuden zu erlassen. In der Spezialdebatte wurden trotz der Hinweis des Abg. Robert Schmidt, daß nicht eine einzige Arbeiterorganisation einen Reichszuschuß erhalte, die Zuschüsse für die Vereinigungen der See- und Binnenfischerei in Höhe von einer halben Million Mark bewilligt.

Die Nothilfe im Elektrizitätsstreik

Gegenüber zahlreichen irreführenden Meldungen über die Stellungnahme des Oberbürgermeisters gegenüber dem Einlass der Technischen Nothilfe, sieht sich die Direktion der städtischen Elektrizitätswerke Berlin veranlaßt, folgendes festzustellen:

Nachdem in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend plötzlich der Streik ausgebrochen war, hatten bereits im Laufe des Sonnabendvormittags die zuständigen Behörden den Einlass der Technischen Nothilfe in Aussicht genommen. Die Direktion ist ihrerseits den zuständigen Behörden gegenüber dafür eingetreten, daß mit der Verwendung der Technischen Nothilfe noch gearbeitet werden sollte, weil durch deren Einrücken Verhandlungen mit der Arbeiterchaft über Aufnahme eines Notbetriebes durch dieselben erstwert oder unmöglich gemacht worden wären und weil andererseits für die Direktion kein Zweifel bestand, daß nach Lage der Verhältnisse die Technische Nothilfe nicht imstande gewesen wäre, den Notbetrieb im gleichen Umfang und in der gleichen Zeit auszuführen, wie das dem mit allen Einrichtungen der Werke vertrauten eigenen Personal möglich gewesen wäre. Bei dieser Stellungnahme hat sich die Direktion hiernach lediglich durch technische Erwägungen leiten lassen, ohne jede Beeinflussung durch die Behörden oder den Oberbürgermeister. Sie hat, nachdem die Technische Nothilfe trotzdem auf Veranlassung der zuständigen Behörden eingeleitet war, nach Abschluß der mit den Arbeitern über Aufnahme des Notbetriebes schwelenden Verhandlungen dahin gewirkt, daß im Laufe des Sonnabends zugleich mit dem Eintritt der Arbeiter in die Werke die Technische Nothilfe dieselben wieder verließ.

Aus der Wirtschaft

Zur Verkehrslage im Ruhrgebiet

Trotz der ständigen Versandbeschränkungen und Unterbrechungen auf dem Wasserwege hat sich die Verkehrslage auf der Eisenbahn in der vergangenen Woche etwas günstiger gestellt, hauptsächlich, weil am Allerheiligentage die Wagenzuführung und Abholung seitens der Eisenbahn völlig durchgeführt wurde. Die werktägliche Stellung liegt von 20 132 auf 21 144 Wagen, während die Beschleunigung etwa um die Hälfte, nämlich 755 Wagen ausging. Die Lagerbestände nahmen von 122 547 auf 145 923 Tonnen am 6. November zu. Der Transport auf dem Rhein, namentlich im Hinblick auf die Erschwernisse, welche die fortgeschrittene Jahreszeit zur Folge hat, war schlecht. Infolgedessen ging der Umschlag auf den Duisburg-Ruhrorter Häfen weiter zurück. Während in der vergangenen Woche 25 855 Tonnen gelöst wurden, betrug die Umschlagleistung in der ersten Woche des November 21 037 Tonnen werktäglich. Der Streik der Privatfahrer auf dem Dortmund-Ems-Kanal hält noch immer an. Daher ist der Brennstoffumschlag auf den Kanalschleusen auf 200 bis 300 Tonnen werktäglich zurückgegangen. Der Abtransport nach dem Rother und Osten ruht vollständig. Die Eisenbahnerverwaltung ist nicht in der Lage, den Versand ausfall ganz zu übernehmen. Infolgedessen müssen die auf den Kanalschlag angemessenen Forderungen zurzeit einen Teil ihrer Förderung auf Lager nehmen.

Fortdauernder Rückgang der Mark

Der Rückgang der Bewertung der Mark an den ausländischen Märkten hat während der ganzen Woche seinen Fortgang genommen und wird sich vom tiefsten Stand, der im Winter dieses Jahres erreicht worden war, nicht mehr weit entfernt.

Es folgten:	am 8. Nov.	am 10. Nov.	am 11. Nov.
100 holländ. Gulden	2377,8 Mark	2527,5 Mark	2600,0 Mark
100 belgische Frank	518,9	525,5	—
100 dänische Kronen	1058,9	1113,9	1143,9
100 spanische Mark	175,8	187,8	188,8
1 amerikan. Dollar	77,3	85,2	—
1 engl. Pf. Sterl.	269,7	268,6	296,7
100 italienische Lire	282,2	288,7	—
100 tschech. Kronen	23,97	23,47	23,6
100 schwed. Kronen	85,65	87,52	88,15

Freigabe des deutschen Eigentums durch England

DA, Berlin, 11. November.

Der Berliner Berichterstatter der „Daily News“ drückt seinem Blatte, er habe aus Kreisen der Hochfinanz erfahren, daß die britische Regierung beschlossen habe, das während des Krieges beschlagnahmte deutsche Eigentum in begrenztem Ausmaße dem Eigentümern wieder zurückzugeben. Der Wert des freigegebenen Eigentums wird sich in jedem einzelnen Falle bis auf mehrere hundert Pfund belaufen. Doch wird ausdrücklich betont, daß es sich nicht um die Deutliche der vorerwähnten Konzeption nicht teilweise werden sollen. Der Korrespondent weist darauf hin, daß sich unter dem zurückzuerhaltenden Eigentum auch Möbelstücke und persönliche Effekten befinden. Erfolgt innerhalb einer bestimmten Frist durch die in Frage kommenden Deutschen die Anmeldung ihrer Rückerstattungsansprüche, dann werden diese Hunderte kleiner Leute (Kleinhändler, Kellner, Gouvernanten, kleine Geschäftsleute) aus dieser Konzeption Nutzen ziehen können.

In den amtlichen Berliner Stellen war eine Bestätigung dieser Nachricht bisher nicht zu erhalten, wohl aber wird der „Dema“ von sehr gut unterrichteter parisischer Seite bestätigt, daß die in der Berliner Meldung des „Daily News“-Korrespondenten wieder-gegebenen Tatsachen zutreffend sind und daß tatsächlich die britische Regierung sich zu weitgehenden Konzeptionen in der Frage der Freigabe des deutschen Eigentums entschlossen hat.

Eine Warnung vor dem Wirtschaftskrieg

DA, New York, 11. November.

Der britische Botschafter Geddes hielt bei einem Festessen der Handelskammer in Minneapolis eine Rede, in der er an den englischen und amerikanischen Handel erste Warnungen richtete und beide Nationen daran erinnerte, nicht etwa in einen Wirtschaftskrieg der Vorzugsmärkte über der Vorzugsmärkte einzutreten, da sonst ein Zusammenstoß der Interessen unvermeidbar wäre. Sollte Großbritannien ein so geartetes Gesetz erlassen, so würde ein entsprechendes amerikanisches Gesetz die unmittelbare Folge sein. Geddes legte schließlich den amerikanischen Handelsstreifen nahe, die britische Politik der Gleichberechtigung im Handel anzunehmen.

Zum 100. Geburtstag Friedrich Engels

erschient demnächst

Engels als Denker

Von Max Adler

Buchhandlung „Freiheit“, Breite Str. 8-9

Das Elend im Ruhrgebiet

Erschütternde Eindrücke der Gewerkschaftsführer

Brüssel, 11. November.

Der belgische Gewerkschaftssekretär Mertens, der dem Ausschuss der gewerkschaftlichen Internationale angehört, die das Ruhrgebiet bereist hat, erklärte einem Redakteur des sozialistischen „Peuple“, Legion habe in Antwerpen erklärt, die Besetzung des Ruhrgebiets stehe bevor, und sagte weiter, die Arbeiter hätten den Bergarbeitern nicht die Lebensmittel geliefert, die sie versprochen hätten. Da man die Besetzung des Ruhrgebiets in wirtschaftlicher und politischer Beziehung für sehr ernst gehalten habe, habe man beschlossen, sich an Ort und Stelle von der Lage zu überzeugen. Die Kohlenfrage könne im Augenblick die Besetzung nicht hervorzurufen, da Deutschland während zweier Monate die angeforderten Kohlenmengen geliefert habe. Ueber die Auszahlung der Beträge für die Lebensmittel habe man sich inzwischen auch geeinigt.

Die Lage der Arbeiter im Ruhrgebiet bezeichnete Mertens als ein ungeheures Elend. Zum ersten Mal seit dem Kriege sei er nach Deutschland gekommen. Er habe eine gewisse Scheu, mit denen ankommenen, die trotz allem Kameraden geblieben seien, nicht verbergen können, aber er stehe unter dem Druck eines tiefen Mitleids. Namentlich fehle Milch. Die Großeltern erhielten keine, denn man wolle vor allen Dingen die Kinder retten. Die Tuberkulose fordere steigende Opfer. Die Arbeiter könnten sich keine Kleidungsstücke leisten, und auch die Wohnungsnot sei sehr groß. Man müsse ein Herz von Stein haben, wenn man von derartigem Elend nicht gerührt werde.

Obwohl er der Ansicht sei, daß die Besetzung des Ruhrgebiets durch die Kohlenlieferungen nicht hervorgerufen werden könne, erklärte er, gewisse Tatsachen könnten die Deutschen nicht beruhigen. In der belgischen Besatzungszone von Erkelenz habe man Bäckereien, errichte man ein Flugfeld und treffe man Vorbereitungen zur Unterbindung von 10 000 Mann Kavallerie. In Koblenz seien 200 abgegangene Amerikaner durch 600 Franzosen ersetzt worden. In Mänsen-Gladbach seien 25 000 französische Soldaten konzentriert. Daraus zu schließen, daß man die Besetzung vorbereite, sei nur ein Schritt. Alles lasse vermuten, daß tatsächlich die militärischen Kreise der Entente etwas vorbereiteten. Mertens sagte zum Schluß, man müsse sich verständigen, denn die Deutschen müßten leben können, wenn sie wiedergutmachen sollten.

Der Vertreter des „Dema“, Valot, der gleichzeitig mit der gewerkschaftlichen Internationale das Ruhrgebiet bereist hat, tritt heute in einem Artikel aus Dortmund für den Austausch von französischem Erz aus Lothringen gegen deutsche Kohle ein. Er gibt zu, daß die deutsche Industrie infolge des Abkommens von Spaa bei Einschränkungen vorzunehmen müssen, und daß 20 Hochöfen geschlossen werden müßten. Die Frage sei heute keine Rechtsfrage mehr, sondern es bestünde die unbedingte Notwendigkeit, zu einem wirtschaftlichen Einverständnis zu gelangen. Man müsse sich mit dem Krieg abfinden und die notwendigen Lehren daraus ziehen.

Verlegung der Gesetze

Gegen den Widerspruch der Unabhängigen Fraktion hat vor einigen Monaten der Reichstag das Gesetz über die vereinfachte Form der Gesetzgebung verlängert, durch das dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags die Befugnis gegeben wird, Verordnungen ohne Zustimmung des Plenums des Reichstags zu beschließen. Dieses Gesetz bestimmt aber, daß die Verordnungen dem Reichstage als bald zur Kenntnis zu bringen und auf sein Verlangen aufzuheben sind.

Wie die Regierung diese Bestimmung aber umgeht, die nur eine kleine Sicherung gegen die Ausnutzung der Befugnisse des volkswirtschaftlichen Ausschusses darstellt, zeigt die Tatsache, daß das Reichsministerium die Verordnung über Karioffein vom 24. August, die Verordnung über die Aushebung der Zwangswirtschaft für Fleisch vom 12. September erst jetzt dem Reichstage zur Kenntnis bringt, obwohl der Reichstag bereits seit dem 18. Oktober tagt.

Das ist eine durch nichts begründete Verletzung des Gesetzes und die Unabhängige Fraktion wird gegen ein solches Verhalten im Reichstage entschiedenen Protest erheben.

Eine Sozialisierungs-Interpellation

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstage folgende Interpellation eingebracht: „In die Reichsregierung bereit, zu erklären, wann sie den schon wiederholt und

besonders eindringlich nach dem Abkommen von Spaa — zugelegten Gesetzentwurf über die Sozialisierung des Kohlenbergbaus vorlegen wird, und zwar einen Entwurf, der sich nicht etwa auf eine Gewinn-, Kapital- oder Ertragsbeteiligung der Arbeiter beschränkt, vielmehr die Volksozialisierung der Kohlenförderung und der Kohlenverteilung durchführt wird.“

Bei dieser Besprechung dürfte man unter anderem auch Gelegenheit haben, die Rechtssozialisten vor die klare Entscheidung zu stellen, ob sie den Mandatieren in ihren eigenen Reihen, die der Volksozialisierung dauernd Schwierigkeiten zu machen suchen, ein Ende bereiten wollen. Der „Vorwärts“ nämlich, gegen den wir wegen seiner Stellungnahme die schwersten Angriffe erhoben haben, schweigt beharrlich. Damit darf das hartnäckige Treiben des Zentralorgans der Rechtssozialisten gegen die Volksozialisierung um nicht sein Bewenden haben. Die rechtssozialistische Partei hat die volle Verantwortung für diese Erscheinung der Sozialisierungsaktion, die sie auch nicht dadurch los wird, daß sie nach außen hin den Anschein zu erwecken sucht, als ob die Gegner der Volksozialisierung nur bei den bürgerlichen Parteien und der Regierung zu suchen sind.

Die Sowjet-Lokomotiven

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Unter der Epithete „Sowjet-Lokomotiven“ bringt die Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 6. November 1920 Einzelheiten über die Verhandlungen, die die russischen Regierungsvertreter über die Lieferungen von Lokomotiven in Deutschland geführt haben. Es ist merkwürdig, daß der „Vorwärts“ keine Notiz gebracht hat, ohne den Versuch einer authentischen Information bei mir gemacht zu haben. Bürgerliche Blätter haben bei ähnlichen Gelegenheiten dieser einfachen Anstandspflicht genügt.

Die Notiz enthält eine Reihe von Unrichtigkeiten. Es ist erstens nicht richtig, daß die Verhandlungen zunächst aus dem Grunde scheiterten, weil Russland nicht in der Lage war, eine finanzielle Garantie zu geben. Richtig ist vielmehr, daß die Finanzierung dieses großen Auftrages anfangs zahlreichen sachlichen und formellen Schwierigkeiten begegnete, die jedoch auf deutscher Seite aus bestimmten Klauseln des Versailler Friedensvertrages heraus viel größer waren als aus der russischen. Unrichtig ist weiter, daß die Finanzierungsfrage allein Schuld sei an dem schleppenden Gang der Verhandlungen. Eine entscheidende Rolle spielte vielmehr die Preisfrage. Es genügt der Hinweis, daß der vereinbarte Preis sich zu dem meist geforderten Preis wie 2 zu 3 verhält. Bei einer Bestellung auf 1000 Lokomotiven macht das eine Milliarde Mark Unterschied.

Zur Frage der Beziehungen zwischen den Sowjetvertretern und der deutschen Oekonomiegesellschaft G. m. b. H. deren Geschäftsführer neben Karl Legien, ein schwedischer Bankier und ein deutscher Textilindustrieller sind, sei folgendes bemerkt: Diese Gesellschaft sollte formell als eine Kommissionsfirma auftreten. In der Sache jedoch sollte ihr Auftritten einer Sicherung der russischen Aufträge durch den Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund dienen. Die Firma sollte zwar ihre Geschäftskosten vergütet bekommen, darüber hinaus jedoch keinen Profit aus der Angelegenheit ziehen. Im entscheidenden Augenblick jedoch gab die Firma folgende vom Vorsitzenden des A. d. G. B. und dem schwedischen Bankier Wshberg unterzeichnete Erklärung ab:

1. Der A. d. G. B. wird bei der Lieferung von Lokomotiven für die russische Regierung Hilfe leisten.
2. Diese Hilfe kann nur dann effektiv sein, wenn die Bestellung durch den A. d. G. B. an die deutsche Industrie geht. In diesem Falle sollen alle erforderlichen Transaktionen durch die von dem A. d. G. B. geschaffene deutsche Oekonomie-Gesellschaft gehen.
3. Der A. d. G. B. wird der russischen Regierung eine Offerte über Lieferung der Lokomotiven bestimmter Typen vermitteln. Diese Offerte wird nicht höher sein als die der deutschen Lokomotivfabrikanten.
4. Die deutsche Oekonomie-Gesellschaft wird höchstens 2 Prozent Provision berechnen, nicht eingeschlossen An- und Abkosten für die nötige Finanzierung, Versicherung durch Transporte und Wechsel, Zinsen für die Kredite, Stempel.

ges. Karl Legien, Wshberg.

Diese 2 Prozent Provision bedeuten 40 Millionen Mark. Einen derartigen Betrag auch als einen event. Höchstbetrag für ihre Kommissionsdienste zu fordern, wählte sich sogar eine kapitalistische Firma schämen, geschweige denn eine proletarische Organisation.

Nach dieser Erklärung wurden die Verhandlungen mit der Firma Karl Legien abgebrochen, um so mehr, als die Firma für andere Aufträge noch circa 3 Prozent in Anspruch brachte. Dies zur Erklärung des Sachverhalts. Wer hierbei als „verlogen und unehelich“ dasteht, mag die Oeffentlichkeit entscheiden. Auf die hässliche Bemerkung, daß die Sowjetisten sich nur durch „abenteurliche Interessen“ leiten ließen, braucht nach dem Vorgangenen wohl nicht eingegangen zu werden. Wie dies Interessen auch beschaffen sein mögen, jedenfalls liegen sie auf ganz anderem Gebiete als auf dem der hohen Profitberechnung als Ausdruck der Klassenloyalität.

Wittor Kopp.

Die Lage in Italien

Wenn man den Kommunisten Glauben schenken soll, sieht Italien unmittelbar vor der sozialen Revolution. Und tatsächlich erscheint diese Erwartung nicht ganz unbegründet, denn in keinem andern Lande liegen so viele Vorzeichen einer nahen politischen und wirtschaftlichen Wende vor wie in Italien. Von den Alpen hinab bis an die südlichste Spitze Siziliens flackert alljährlich bedrohliche Feuer auf. Während in Mittel- und Oberitalien bald da bald dort die rote Fahne auf Geiseln gehigt wird, ziehen im Süden bewaffnete Bauern in geschlossenen, einheitlich geführten Zügen von Provinz zu Provinz, um sich in den Besitz des Landes zu setzen. Aber mit Ausnahme dieser Bauernerhebung vermisst man bei den andern Aktionen eine Einheitsfront und es besteht begründete Gefahr, daß gerade durch die schließlich Immer wieder verpuffenden Einzelaktionen die revolutionären Energien der Massen zwecklos vergeudet werden.

Gerade der sporadische Charakter dieser Erhebungen zeigt aber andererseits auch, daß hinter ihnen kein bewußter, nach einem klaren Ziel geleiteter Wille steht, sondern daß sie nur ein instinktives Aufbegehren gegen drückende Not darstellen.

Von Kommunisten, Anarchisten und Syndikalisten werden all diese Einzelaktionen lieberhergeführt. Sie treiben planmäßig auf die Errichtung der Räterepublik hin, für die aber gerade in Italien auch die elementarsten Voraussetzungen heute fehlen. Denn wenn auch Italien als Bundesgenosse der strategisch siegreichen Entente den Krieg liquidiert hat, so untersteht sich seine finanzielle und wirtschaftliche Lage doch nur wenig von Deutschland. Auf ihm lastet eine Schuld von 100 Milliarden Lire, die in jedem Jahre noch um 10 bis 20 Milliarden neue Defizite answächst. Die Kaufkraft des italienischen Geldes ist daher rapid gesunken und entspricht etwa nur noch dem siebenten Teil des Friedenswertes. Die Rückwärtsentwicklung dieser Geldwertung auf die Wirtschaft des Landes ist aber deswegen fast noch katastrophaler als bei uns in Deutschland, weil Italien schon in Friedenszeiten nicht nur den größten Teil seines Getreides, sondern auch die hauptsächlichsten Rohstoffe für seine Industrie aus dem Auslande beziehen mußte. Italien besitzt weder Kohlen noch Eisen und seine gesamte Wirtschaft ist daher einfach auf die ungestörten Beziehungen mit den anderen, reicheren Ländern angewiesen. Durch den Sturz der Valuta sind aber gerade diese Beziehungen in gefährlichster Weise erschüttert. Die Metallindustrie leidet an Rohstoffmangel und auch die Getreidelieferungen bleiben aus. Arbeitslosigkeit und Ernährungsnot nehmen daher in erschreckendem Maße zu. Dabei ist es gar nicht ausgeschlossen, daß diese Entwicklung von der auch in Italien lauernden Reaktion noch gefördert wird. Diese hofft damit das italienische Proletariat zur Verzweiflung zu treiben in der Überzeugung, es nach seinen vergeblichen Verzweiflungsausbrüchen wieder am so gefügiger zu machen und mit gesteigerter Macht sich dann wieder zur Herrschaft aufzuschwingen.

Diese furchtbare Erkenntnis hat innerhalb des Zentrums der sozialistischen Partei unter Führung des Genossen Modigliani den Gedanken einer Übernahme der Regierung durch die sozialistische Partei mit den gewerkschaftlichen Organisationen als Rückenbedeckung reifen lassen. Freilich gibt man sich dabei keinen Illusionen hin, denn die Lage Italiens ist zu verzweifelt und vor allen Dingen zu eng mit den kapitalistischen Weltmächten verknüpft, um ungehemmt eine sozialistische Politik verfolgen zu können. Dennoch erscheint heute eine sozialistische Regierung als die einzige Möglichkeit, dem weiteren Umgriffen unheilvoller Not zu steuern. Sie allein könnte die Kapitalisten, welche heute ihre Vermögen ins Ausland verschleppen, zur Abgabe ihrer Gewinne zwingen, die Produktion wieder organisieren und so der Massenverelendung steuern. Auch könnte eine sozialistische Regierung endlich den Durst der kleinen Bauern nach Land befriedigen und das Feudalverhältnis für immer brechen.

Welch ernste Bedrohung gerade die südlichen Großgrundbesitzer für die Revolution darstellen, zeigt eben wieder ein Vorfall in Palermo. Dort wurde vor einigen Tagen der Genosse Giovanni Orca, einer der rührigsten Propagandisten unserer Partei in Sizilien, beim Verlassen des Arbeitslokales meuchlerisch ermordet.

Bei dieser Mordtat ist nicht der erste. Seitdem das sizilianische Proletariat aufzuwachen begonnen hat, ist schon eine stattliche Reihe führender Sozialisten auf diese Weise beseitigt worden. Es ist schon lange bekannt, daß Großgrundbesitzer und Großpächter einen Pakt mit der in Sizilien noch immer bestehenden Mafia, einer Geheimverschwörung, geschlossen haben und daß die Mafia die Führer der sozialistischen Bewegung Kopf um Kopf hinmordet. Noch keines dieser Verbrechen hat bisher zur Verhaftung der Mörder geführt. Es ist, als ob Polizei und Beamenschaft diesen blutigen Pakt zwischen Grundbesitzer und Mafia, die in einem veredelten Proletariat natürlich ihre willigsten Instrumente findet, noch befestigt hätten.

Es ist klar, daß das Tätigkeitsfeld der sozialistischen Regierung ein beschränktes wäre. Aber es ist ebenso klar, daß unsere Partei in Italien der wachsenden Verelendung des Proletariats auch nicht weiter gefassen zulassen kann. Die Gefahr, daß die Partei damit nur dem Bürgerium aus einer Verlegenheit in eine und letzten Endes nur dessen Dienste besorge, wie die Kommunisten unterstellen, ist unbegründet. Dazu ist die italienische Partei viel zu gesund und niemals könnte aus ihren Reihen ein Scheidemann, ein Landsberg oder gar ein Koste entstehen. Auch nach Ministerfesseln lockt es unsere Genossen keineswegs. Dazu sehen sie den harten Realitäten viel zu offen in die Augen. „Es gibt in der Geschichte der Nationen tragische Stunden des Rückfalls“, sagte Modigliani in Reggio. „Wir durchschreiten solche im Augenblick. Da gibt es, auch einen jeden Versuch zu machen, und wenn dieser Versuch der Nachtergreifung durch das Proletariat auch zweifelhaft ist, keine Unterlassung würde heute sicher zur Niederlage des Proletariats führen.“

Vor dem voraussichtlich im Dezember stattfindenden Parteitag wird von einer Aktion der Partei überhaupt nicht die Rede sein können. Der durch die 21 Punkte verhängte Richtungsstreit schaltet sie vorüberhand von jedem praktischen Einfluß aus, und bringt, so liefert dies, wie sie der auf dem äußersten linken Flügel stehende Genosse Alessandri drastisch ausdrückte, tatsächlich der Bourgeoisie nur den Käse zu den Katarakt. Tatsächlich beginnt, seitdem die Moskauer Thesen auch die italienische Partei in heftige Erschütterung verwickelt haben, die bisher in fortgesetzter Angst zitternde Bourgeoisie sich aus ihrer Ohnmacht wieder zu heben. Schon hat man eine Anzahl Anarchisten verhaftet und schon schreit die Bourgeoisie nach weiterem rücksichtslosigen Vorgehen gegen die Arbeiterschaft.

Diesen Tatsachen kann sich selbst ein Mann wie Serrati nicht verschließen. Das bezeugt sein unbedingtes Eintreten für die Erhaltung der Parteeinheit. Sollte die Spaltung sich aber dennoch vollziehen, dann hätte sie das eine sichere Ergebnis, daß die Hoffnungen auf die Weltrevolution noch weiter zurückgestoßen werden müßten.

Die Spaltung der Jugend

Zweite Reichskonferenz der sozialistischen Proletariatsjugend in Leipzig.

Vom 7. bis 9. November fand in Leipzig die zweite Reichskonferenz der sozialistischen Proletariatsjugend statt. Sie hatte sich in der Hauptstadt mit dem Anschluß der „Sozialistischen Proletariatsjugend“ an die kommunistische Jugend zu beschäftigen, der von einer starken Opposition innerhalb der Proletariatsjugend gefordert wurde.

Der erste Tag brachte Bureauwahl und Festlegung der Tagesordnung. Der von der Opposition gestellte Antrag, Vertreter der kommunistischen Jugend zuzulassen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Genosse Schröder gab den Geschäftsbericht der Zentrale. Nach ihm hat sich die Arbeit der Zentrale außerordentlich schmerzhaft durch die räumliche Trennung der Mitglieder und das Fehlen jeder Gedemütigung. Die Arbeit unter der Jugend selbst ist von der der kommunistischen Jugend dadurch unterschieden, daß die Proletariatsjugend die ganz jungen, die in differente Jugend aufzunehmen und zu Sozialisten zu machen hat. Die Aufgabe der sozialistischen Proletariatsjugend sei es, eine Jugendorganisation aufzubauen und keine kommunistische Bewegung. Dazu werden Menschen mit Pflichtgefühl gebraucht. Die

Zeitungssfrage ist eine der unangenehmsten. Die Auflage der „Sozialistischen Proletariatsjugend“ mußte von Nummer zu Nummer verringert werden, und zwar nicht wegen Verringerung der Mitgliederzahl, sondern wegen des Boykotts der Opposition. (Hört, hört!) Die Zeitung wurde pünktlich verlagert, aber unpünktlich bezahlt. Für den Vertrieb ist in den Ortsgruppen fast nichts getan worden. Die Mitteilungsblätter der Ortsgruppen sollten eingestellt und dafür die Presse der erwachsenen Arbeiter benutzt werden. Auch der Partikularismus muß aus unserer Organisation verschwinden. In der Frage der Internationalen hand die Zentrale auf dem Boden des Hallenser Programms. Wir haben uns immer bemüht, den Anschluß an die kommunistische Jugendinternationale herbeizuführen, denn wir stehen grundsätzlich auf deren Boden. Das Exekutivkomitee hat es aber abgelehnt, uns anzunehmen. (Lebhaftes Hört, hört!) Wir haben in der Frage der Internationalen unsere Pflicht erfüllt. Im Einvernehmen mit dem Reichsausschuß beschloß unsere Kommission, uns in der Anschließfrage nicht mehr an das Exekutivkomitee, sondern an den internationalen Jugendkongreß zu wenden.

Genosse Paul Königberg übt Kritik an der Zentrale, wie an der Redaktion der „Proletariatsjugend“ und meint, daß der Bau der sozialistischen Proletariatsjugend sehr wichtig sei. Er erklärt sich einverstanden mit der Tätigkeit der Zentrale. Genosse Stas-Berlin verteidigt die Ortsgruppe Berlin gegen erhobene Angriffe. — Genosse Dobbert-Barmen schildert die Schwierigkeiten der Arbeit in der Jugendbewegung und tritt um Lenkung der Zentrale. — Genosse Bartholomäus-Berlin übt ebenfalls scharfe Kritik an der Zentrale, während Genosse Reichshagen-Ostfrieslandigen der Opposition den Vorwurf macht, die Spaltung bewirkt zu haben im Interesse einer Partei. — Grabs-Halle bemängelt die Schreibweise der „Proletariatsjugend“ und die Haltung der Zentrale, die die Jugend im bürokratischen Sinne führe. — Genosse Bremer-Merseburg (Redaktion der „Proletariatsjugend“) widerlegt die erhobenen Vorwürfe gegen die Zentrale. Wenn nicht soviel geleistet werden konnte, wie wir wollten, so lag das an dem stetigen Geldmangel, da wir nicht solche Gönner haben wie die kommunistische Jugend.

In seinem Schlusswort stellt Genosse Schröder fest, daß die Kritiker bei ihrer Kritik stehen geblieben sind, ohne bessere Vorschläge zu machen. Die Reichszentrale stand beim Anfang ihrer Arbeit ohne jedes Material da. Es ist uns die Bildungswort angefreit worden. Wie man uns vorsetzen kann, daß wir zu viel Bildung erziehen, ist nicht zu verstehen. Wenn alle Arbeiten und alles Geld für aufbauende Arbeit innerhalb der Organisation verwendet worden wäre, stände unsere Bewegung besser da. (Beifall.)

Die Entlastung für die Zentrale wird einstimmig angenommen.

Am zweiten Verhandlungstage ergibt sich bei einer Geschäftsordnungsdebatte über einen Antrag auf Beschränkung der Rededzeit zum Punkt Internationale das Stimmverhältnis in der beiden Flügel. Es wurde nach Mandaten abgestimmt. Für den Anschluß an die kommunistische Jugend waren 149, für die weitere Anerkennung des Programms der sozialistischen Proletariatsjugend 141 Stimmen.

Genosse Bremer spricht nunmehr zum Punkt Internationale. Er gibt einen kurzen Überblick über die internationale Arbeiterbewegung überhaupt und ihre Rückwirkung auf die internationale Beziehungen der sozialistischen Jugend. Er bejaht die Frage, ob das Programm von Halle richtig ist. Weiter führte Bremer aus: Wir lehnen es ab, die Jugend ausgesprochen parteilich zu bearbeiten. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir unsere Jugend nicht auf der Straße erziehen können. Unsere Bildungsarbeit darf nie Selbstzweck sein, sie muß von revolutionären Gedanken getragen werden. Genosse Bremer erläutert die der Konferenz vorliegenden Richtlinien zur Internationale. Wir bestimmen, daß unsere Jugend sich an die Lösung parteilichere Fragen zu setzen haben. Wir haben in der Jugendbewegung noch viel zu wenig beachtet, daß die Jugend von 14 bis 18 Jahren ganz anders behandelt werden muß als die Älteren. Diese haben das Recht, parteilichere Fragen zu lösen und in die Partei einzutreten. Unsere Arbeit muß den Jüngsten gewidmet sein. Wir müssen die jungen Proletariatsjugend zu gewinnen suchen für den Sozialismus. Bremer lehnt sich kritisch mit dem Programm der kommunistischen Jugendinternationale auseinander und weist die Unüberschaubarkeit einiger Punkte für die deutsche proletarische Jugendbewegung nach. Er berichtet auch über die Verhandlungen mit dem Exekutivkomitee und weist verschiedene Verleumdungen und Entstellungen von kommunistischer Seite zurück.

(Schluß folgt.)

Sunger

Roman von Kurt Hamsun.

26] Ich ging drei, viermal ums Schloss, entschied mich dann fürs nach Hause gehen, machte noch einen Abstecher in den Park und ging darauf über die Karl-Johann-Strasse nach Hause. Es war ungefähr 11 Uhr. Die Straße war ziemlich dunkel, und überall wanderten Menschen umher, stille Paare und lärmende Haufen. Die große Stunde war angebrochen, die Zeit, wo das heimliche Treiben vor sich geht, und die lustigen Abenteuer beginnen. Rauschende Mädchen, gewänder, ein kurzes, stirnliches Aufsehen, wogende Busen, beständige leuchtende Atemzüge, weit unten in der Gasse eine Stimme, die „Emma“ rief. Die ganze Straße ein Sumpf, aus dem helles Dünste aufsteigen.

Unwillkürlich durchsuchte ich meine Taschen nach zwei Kronen. Die Leidenschaft, die in den Bewegungen jedes Vorübergehenden zittert, das dunkle Licht der Gaslaternen, sogar die stille, schwangere Nacht, alles das hat angefangen mich zu packen, — diese Luft, die erfüllt ist von Geflüster, Amarmungen, bebenden Geständnissen, halb ausgesprochenen Worten, leisem Wimmern. Dort in Blomquists Torweg mehrere Raben, die sich unter lautem Geschrei liebten. Und ich besch nicht zwei Kronen!

Es war ein Tammer, ein Elend sondergleichen, so verarmt zu sein! Welch eine Demütigung, welche Entehrung! Und ich muß wieder an das letzte Scherlein der armen Witwe denken, das ich gestohlen haben würde, an die Mütze oder das Taschentuch eines Schulknaben, an den Brotbeutel eines Bettlers, den ich ohne weiteres zum Lumpenhändler gebracht und dessen Erbs ich verprakt haben würde. Um mich zu trösten und schadlos zu halten, fing ich an, alle möglichen Fehler an diesen lustigen Menschen, die an mir vorübergingen, zu finden; ich suchte die Mängel und blande geringfügig auf sie herab, wenn sie paarweise vorbeilamen. Diese peniblen, nachschaffenden Studenten, die glaubten, sich europäischer Ausschweifungen schuldig zu machen, wenn sie einer Näherin auf die Hüften schlugen! Diese Stutzer, diese Bankbeamten, Großhändler, Boulevardlöwen, die nichts verschämten. Ich spie weit über den Bürgersteig fort, und kummert, ob es jemand treffen könnte; ich war zornig, von Verachtung für diese Menschen erfüllt, die sich vor meinen Augen aneinander schmiegelten. Ich hob das Haupt und empfand die Segnung, auf lauterem Wege wandeln zu können.

Am Stortingsplatz begegnete mir ein Mädchen, das mich herausfordernd anfas, als ich an ihre Seite kam.

„Guten Abend!“ sagte ich.

„Guten Abend!“ Sie blieb stehen.

Hm! Ob sie so spät allein spazieren gehe? Ob es nicht gefährlich sei für ein junges Mädchen, um diese Zeit durch die Karl-Johann-Strasse zu gehen? Nein! Ob sie denn niemals angesprochen, beseitigt würde, ich meinte geradeaus gesagt, aufgefordert mit nach Hause zu gehen?

Sie sah mich verwundert an und forschte in meinem Gesicht, was ich wohl meinen könne. Dann hob sie plötzlich die Hand unter meinen Arm und sagte:

„Also gehen wir!“

Ich ging mit. Als wir an den Droschken vorüber waren, blieb ich stehen, machte meinen Arm frei und sagte:

„Hören Sie mal, mein Kind, ich habe nicht einen Heller.“

Und damit wollte ich meines Weges gehen.

Anfangs wollte sie mir nicht glauben; als sie aber all meine Taschen befüllt und nichts gefunden hatte, wurde sie ärgerlich, warf den Kopf in den Nacken und nannte mich einen Stofffisch.

„Gute Nacht!“ sagte ich.

„Warten Sie doch! Ist das eine goldene Brille, die Sie tragen?“

„Nein.“

„Dann hol Sie dez Teufel!“

Damit ging ich.

Gleich darauf kam sie zurückgelaufen und rief mich wieder an.

„Sie dürfen doch mitkommen!“

Ich fühlte mich gedemütigt durch dies Anerbieten einer armen Straßendirne und sagte Nein. Es sei zu spät, ich müsse noch einen Besuch machen, und sie könne sich solche Opfer auch nicht erlauben.

„Doch; jetzt will ich Sie mithaben.“

„Aber ich gehe nicht unter solchen Verhältnissen.“

„Sie wollen natürlich zu einer andern!“

„Nein.“

Aber ich hatte die Empfindung, als stehe ich in einem erbärmlichen Licht vor dieser eigentümlichen Dirne, und beschloß, wenigstens den Schein zu retten.

„Wie heißen Sie?“ fragte ich. „Marie? Nun hören Sie also, Marie!“ Und ich fing an, ihr mein Verhalten zu erklären. Das Mädchen getiet immer mehr in Erstaunen.

Ob sie mich wirklich für einen von denen gehalten habe, die abends auf den Straßen umherstreifen und junge Mädchen kaperten? Ob sie mich für so schlecht gehalten? Sie hätte überhaupt etwas Anstößiges gesagt? Betrug man sich wie ich, wenn man etwas Böses vorhatte? Kurzum, ich hatte sie angerebet und war ein paar Schritte mit ihr gegangen, um zu sehen, wie weit sie es schreiben würde. Uebergegangen sei mein Name so und so, Pastor so und so! Gute Nacht! Gehe hin und sündige nicht mehr!

Damit ging ich ab.

Dunkelt ging ich in den guten Einnfall rief ich mir die Hände und sprach laut mit mir. Welch eine Wonne so umher zu gehen und gute Taten zu vollbringen! Diesem gefallenen Geschöpf hatte ich nun vielleicht den Anstoß zum ersten Schritt zur Erhebung fürs ganze Leben gegeben! Sie für alle Zeiten vom Verderben errettet! Und sie würde das einsehen, wenn sie sich darauf besäme und noch in ihrer Todesstunde mit dankersüßem Herzen meiner gedenken. Ach! es lohnte sich trotzdem, ehrlich zu sein, ehrlich und rechtschaffen!

Ich war in strahlender Laune und fühlte mich zu allem möglichen frisch und mutig genug. Wenn ich nur eine Reize gehabt hätte, mein Artikel wäre fertig geworden! Trällernd und pfeifend, mit meinem neuen Torschlüssel in der Hand, ging ich und sann über ein Mittel nach, mir Licht zu verschaffen. Es gab keinen andern Rat; ich mußte meine Schreibfahnen auf die Straße herunter holen und unter der Gaslaterne schreiben. Ich öffnete die Tür und ging hinaus.

Als ich wieder nach unten kam, verschloß ich die Tür von außen und stellte mich in den Schein der Laterne. Ueberall Ruhe; ... nur von der Quergasse her vernahm ich den schweren, stürzenden Fußtritt eines Konstablers, und in der Nähe des St. Hanszogen bellte ein Hund. Nichts, das mich gestört hätte. Ich zog den Rockfragen über die Ohren und begann nach Kräften zu denken. Es würde mir großartig weiter helfen, wenn ich so glücklich war, den Schluß dieser kleinen Abhandlung zu Stande zu bringen. Ich war gerade bei einem schwierigen Punkt angelangt, wo ein faum merkbarer Uebergang zu etwas neuem kommen sollte; dann erbebte ich, hinabstrebendes Finale, ein langes Verklingen, das in einem Höhepunkt enden sollte, so schroff, so erschütternd wie ein Schuß oder der Wiederhall eines Bergsturzes. Punktum.

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftliches

Interessante Vorgänge im Abwicklungswesen

Am 1. Oktober sollte bestimmungsgemäß die Generalabwicklungsstelle eingehen. Man hat sich, wie immer, zu helfen gewußt und die Geschäfte der Abwicklungsstelle der Generalabwicklungsstelle unterstellt. Eine Verschleierung, die kaum dem Reichsabwicklungsamt bekannt sein wird. Bei der Verschmelzung beider Dienststellen wurde eine größere Anzahl jüngerer weiblicher Angestellter, die bei den Eltern wohnen, übernommen. Die Verordnung des Demobilisierungsausschusses vom 23. Juli scheint diesen Dienststellen nicht bekannt zu sein. Wie weit aber die Eigenmächtigkeiten der Herren Rechnungsräte gehen, soll an dieser Stelle besonders beleuchtet werden. Der frühere Leiter der Abwicklungsstelle der Generalabwicklungsstelle, ein Rechnungsrat D., hat die Geschäfte der ihm seinerzeit unterstellten Militär-Witwenkasse einem Herrn G. übertragen, welcher nachweisbar nicht auf Erwerb angewiesen ist. Auch sonst sind in dieser Kasse Angestellte untergebracht, die nach der Verordnung des Demobilisierungsausschusses zugunsten auf Erwerb angewiesener Personen längst hätten entlassen werden müssen. Die Tochter des Rechnungsrates M. zum Beispiel, welcher jetzt die Leitung der beiden zusammengelegten Kassen hat, war bis zum 30. September bei der Generalabwicklungsstelle angestellt. Die Tochter wurde zwar am 30. September auch entlassen, wurde jedoch nicht arbeitslos, wie es die größte Zahl der Älteren verzeigten, zur Entlassung gekommenen Angestellten heute noch ist, sondern sie fand sofort Anstellung bei der Militär-Pensionskasse, der ein Rechnungsrat Sch. vorsteht. Während sich mit der Arbeit vertraute Familiendatier vergeblich bemühen bei diesen Kassen eingestellt zu werden, sorgt eine halbtagsfreundliche Verbindung für Unterbringung von Kräften, die ohne jedes kaufmännische Wissen im Kriege eingetretten sind und lediglich deswegen in diesen Stellen gehalten werden, weil sie zu den Leitern dieser Stellen verwandtschaftliche oder sonstige „gute“ Beziehungen haben.

Tarifuntreue von Unternehmenseite

Der Verband der Gastwirtsgehilfen, Ortsverwaltung Groß-Berlin hat mit den zuständigen Arbeitgeber-Organisationen Berlins in seinem Tarifvertrag laut § 2 den partiellen Arbeitsnachweis als alleinige Arbeitsvermittlung anerkannt. Die Verfügung des Demobilisierungsausschusses vom 20. Dezember 1919 will jeden Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Gastwirtsberuf mit 1000 M. bestrafen, welcher ohne den partiellen Arbeitsnachweis Arbeit annimmt. Der Unternehmer des Schultheis-Auschanks, Schultheis-Brauerei, Schönhauser Allee, Herr Treuer, glaubt jedoch für sich eigene Bestimmungen konstruieren zu können. Herr Treuer hat sein Geschäft in der Brunnenstraße verkauft und die Dekonomie des Schultheis-Auschanks übernommen. Das Personal in der ehemaligen Schultheis-Brauerei glaubt Herr Treuer nicht übernehmen zu brauchen, dafür aber ohne Arbeitsnachweis und ohne Achtung der Demobilisierungsbestimmung sich seine Kellner unter der Hand engagieren zu können. Der Organisation gegenüber macht Herr Treuer ausweichende Äußerungen und sieht sich die Organisation genötigt, zur Selbsthilfe zu greifen. Sie erklärt, daß der Schultheis-Auschanke in der Schönhauser Allee, Inhaber Treuer, für organisierte Gehilfen gesperrt ist. Die dort beschäftigten Kellner sind nicht mehr als Mitglieder der Organisation zu betrachten.

Verband der Gastwirtsgehilfen, Ortsverwaltung Groß-Berlin.

Achtung Einscher! Die über die Stehlung „Lindenhof“ verhängte Sperre ist hiermit aufgehoben. Deutscher Holzarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Holzindustrie und Möbelhandel. Freitag, den 12. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr, findet in Haverlands Hof, Neue Friedrichstraße 25/26, Lützenkauf, eine Versammlung der Funktionäre und Betriebsräte der Holzindustrie und des Möbelhandels statt. Soweit sie in Asa-Verbänden organisiert sind. — Es soll über Organisation und Tariffragen gesprochen werden. Die Anwesenheit jedes Funktionärs und Betriebsrats ist unbedingt notwendig.

Groß-Berlin

Die Wiederaufnahme des Verkehrs

Nachdem die Elektrizitätsarbeiter die Arbeitsaufnahme beschlossen haben, wird auch der Straßenbahnverkehr wieder in Gang gesetzt werden. Es ist zu erwarten, daß heute früh die Straßenbahn den Verkehr in vollem Umfange aufnehmen kann.

Aus dem Spiegelumpf der Republik

Vor dem Amtsgericht Berlin-Weißensee kam am vergangenen Freitag eine ergötzliche Privatklage zur Verhandlung. Eine Frau Auguste Stürzenbecher aus Weißensee hatte eine Parteigenossin, Frau F., wegen Beleidigung verklagt. Frau F. sollte die Privatklägerin dadurch beleidigt haben, daß sie sie als Spigel bezeichnet hätte. Die Verteidigung wurde von dem Genossen Rechtsanwalt Dr. Bosenheim geführt. Als Zeuge war auf Antrag der Verteidigung Stadtrat W. e. l. f. e. geladen, um an der Hand eines ausführlichen Materials den Beweis für die Spigelität der Frau Stürzenbecher zu erbringen.

Zu der Vernehmung des Zeugen kam es jedoch garnicht, da die Verhandlung mit einer kleinen Sensation begann. Der Frau Stürzenbecher wurde ein Protokoll vorgelegt, welches die Gardeavallerie-Schützen-Division mit ihr aufgenommen hatte und welches sie zusammen mit ihrer Tochter Frieda Kuhle und einem Robert Röder unterschrieben hatte. Das Protokoll, das sich ausdrücklich als „Geheimmeldung“ bezeichnet, enthielt die Anzeige der Frau Stürzenbecher, daß in den nächsten Tagen an einem genau bezeichneten Orte eine Sitzung der kommunistischen Partei stattfinden würde und man bei dieser Sitzung sämtlicher kommunistischer Führer habhaft werden könne.

Als der Privatklägerin diese Geheimmeldung vorgelegt wurde, war sie wie aus den Wolken gefallen. Noch mehr wäre sie sicher erschrocken, wenn ihr ein zweites Protokoll vorgelegt worden wäre, nach welchem sie 50 000 M. als Sicherstellung von der Militärbehörde für ihre Spigeldienste verlangte und in welchem die Gardeavallerie-Schützen-Division ihr diesen Betrag zusicherte. Auf die Frage des Vorstehenden, ob dies ihre Unterschrift

sei, erklärte sie, sie hätte ihre Stille zu Hause gelassen und ohne Stille könnte sie ihre Unterschrift nicht erkennen. Die im Zuschauerraum befindlichen Frieda Kuhle und Robert Röder wurden dann als Zeugen vorgeladen. Frieda Kuhle schützte ihr nahes Verwandtschaftsverhältnis zur Privatklägerin vor und verweigerte die Aussage. Dasselbe tat Robert Röder.

Das Spigelstum der Frau Stürzenbecher war damit einwandfrei erwiesen. Das Unglaubliche aber war, daß ein notorischer Spigel die Unversehrtheit befehlen hatte, gegen eine Parteigenossin, die ihm die Wahrheit sagte, zu klagen. Und was der Unversehrtheit die Krone aufsetzt, der Spigel Stürzenbecher hatte zu anderen Leuten geäußert, Frau F. sei ein Spigel; ihr Mann hätte sich bei der „Vorwärts“-Beilage „Geld gemacht“. Wegen dieser Unversehrtheit hatte die Angeklagte, Frau F., Widerklage erhoben. Das Gericht mußte die Angeklagte natürlich freisprechen, auf die Widerklage wurde der Spigel, Frau Stürzenbecher, wegen Beleidigung zu 100 M. Geldstrafe verurteilt.

Warnt die Kinder!

Die städtische Schuldeputation gibt bekannt: Eine gefährliche Unfälle der Kinder ist es, daß sich dieselben plötzlich vor in voller Fahrt befindliche Automobildroschen stellen und auf diese Weise die Lenker derselben in der Fahrt beeinträchtigen, ja oft in Gefahr des Zusammenstoßens mit anderen Fahrzeugen bringen. Eine noch viel größere Unfälle ist es jedoch, wenn Kinder auf vorüberfahrende Automobile Steine werfen, eine Unfälle, die nach Beendigung des Krieges überhand genommen hat. Durch diese Unfälle wird nicht nur schwerer Schaden an dem Material, wie Beschädigung der Karosserie, Zerschmetterung von Scheiben, Reparaturen, welche gegenwärtig ungeheure Kosten verursachen, zugefügt. Es ist leider auf diese Art vor kurzem ein viel schwereres Unglück angerichtet worden, indem ein Chauffeur durch die Köpenicker Straße fahrend, einen Steinwurf am Kopfe erhielt und schwer verletzt wurde. Nur der Geistesgegenwart des Fahrers, welcher die Maschine sofort anhalt, ist es zu verdanken, daß kein weiteres Unglück angerichtet wurde. Die Direktoren der Schulen Groß-Berlins sind ersucht, die Schulkinder auf die Gefahren dieser Unfälle in belehrendem Sinne aufmerksam zu machen.

Proletarische Feierstunden

Die am Sonntag, den 7. November, wegen Lichtmangel ausgefallene Veranstaltung findet am Sonntag, den 21. November, statt. Die bereits gelösten Karten haben Gültigkeit.

Vorankündigung. Am Sonntag, den 28. November findet im Rahmen der proletarischen Feierstunden eine Gedächtnisfeier für Friedrich Engels statt. Eintrittskarten sind vom Montag an zu haben.

Elternbeiräte U. S. P. D. Am Montag, abends 7 Uhr, Versammlung in der Aula des Sophien-Realgymnasiums Steinstraße. Mitgliedsbuch U. S. P. D. (Crispien-Lebedour) legitimiert. Erscheinen sämtlicher Elternbeiräte dringend notwendig. Die Elternbeiräte an den Schulen, deren Räume durch andere Körperschaften belegt, also den Schulweiden entzogen sind, sind besonders eingeladen.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, 1. Kreis. Am kommenden Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr in der Städtischen Turnhalle Prinzenstraße 70, großes Rüsterriegen-Wettturnen. Aus allen Teilen der Provinz Brandenburg haben die namhaftesten Vereine über 30 Riegen gemeldet, die sowohl in Freiturnen, wie auch an den Hand- und Sprunggeräten die Vielseitigkeit des turnerischen Übungsbetriebes zeigen werden. Ein anschließendes Rüstturnen wird den besten Turnern außerdem Gelegenheit geben, den Zuschauern schwierige Spielübungen als das Requit langjähriger, planmäßiger Selbstübung vorzuführen. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pfg.

Neue Erschwerungen des Radfahrerverkehrs? In der vergangenen Woche hielten „Grüne“ an der Ede-Kloster-Komintern Straße abends nach 7 Uhr einen Radfahrer an und forderten in harscher Tone (anders geht es nicht) die Vorzeigung der Radfahrerkarte. Weiter wiesen die „Grünen“ darauf hin, daß am Vorderrad eine Handbremse angebracht sein müsse, was die Prüfer mit „Nüchternheit“ ablehnten. Was sollen die Prüfer? Ist vielleicht eine neuerliche Erschwerung des Radfahrerverkehrs geplant?

Revolutionsfeier der Buchbinder. Die für heute abend 6 Uhr angelegte Revolutionsfeier im „Deutschen Hof“ findet, statt, 1-1-Strom vorhanden. Zahlreichen Besuch erwartet die Ortsverwaltung.

Aus einem Geschäftshaus am Spittelmarkt 14 holten sich Verbrecher, die durch eine eingedrückte Scheibe eindringen, für eine halbe Million Seidenstoffe verschiedener Art heraus. In der Wilhelmstraße 57/58 erbrütete eine Bande für 150 000 M. Damenkleidungsstücke, Unter usw., in der Neuen Schönhauser Straße 4-5 für 50 000 M. und in Alt-Moabit 7-8 für 40 000 M. Schuhwaren. Nicht minder fleißig wie die Geschäftseinbrecher „arbeiten“ die Wohnungseinbrecher. So erbrüteten sie in der Bendlerstraße 15 für 250 000 M., am Schlesener Ufer 12 bei zwei Familien für über 150 000 M., am Kurfürstendamm 199 ebenfalls für 150 000 M., in der Friedrichstraße 250 für 80 000 M., in der Grünauer Straße 14 für 50 000 M., in der Radobitzer Straße 8 und in der Kassauer Straße 14 für je 30 000 M. Sachen aller Art, Teppiche, Kleidungsstücke, Silberzeug und dergl. Zahllos sind die Einbrüche, bei denen die Beute nicht ganz so hoch ist, aber immer noch in die Tausende geht.

Aus Furcht vor Strafe hat der 52 Jahre alte Arbeiter Paul Matthes seinem Leben ein Ende gemacht. Matthes wurde wegen Einbruchs gesucht. Als man ihn auf die Spur kam, obwohl er sich wohnungslos in Berlin aufhielt, begab er sich in die Wohnung seiner Mutter in der Alvenslebenstraße und schnitt sich dort den Hals durch, bevor er festgenommen werden konnte.

Vom städtischen Friedhof in der Seestraße. Das Anatorium für das Bestattungswesen macht bekannt, daß auf Grund des Beschlusses der Gemeindebehörden der städtische Friedhof in der Seestraße in einen Urnenhain umgewandelt wird. Hiernach kommen für die gärtnerische Umgestaltung des Friedhofs zunächst die Abteilungen 6, 7, 8, 9 für Erwachsene und die Abteilung 4 für Kinder in Betracht. Anträge auf Befassung der Hügel oder neue Erwerbung der Stellen in diesen Abteilungen können nicht genehmigt werden. Inhaber von Rechten auf die Gräber in den bezeichneten Abteilungen und auf die dazugehörigen Bestattungsmäler müssen ihre Ansprüche unter Vorbringung des Eigentumsnachweises binnen zwei Wochen beim Friedhofsinспекtor anmelden und glaubhaft nachweisen. Die Denkmäler werden den rechtmäßigen Eigentümern durch den Inspektor Lütke sofort gegen Empfangsbcheinigung angehängt. Nach Ablauf der angegebenen Frist werden durch die Friedhofsverwaltung die Grab-

hügel eingeebnet und die nicht abgegangenen Denkmäler beseitigt und vernichtet werden.

Köpenick. Anmeldungen zur Jugendweihe zu Ostern 1921 umgehend erfolgen, und zwar beim Genossen Lorenz, Bahnhofstr. 8 („Freiheit“-Edition), Genossen Richard Schulz, Flemingstr. 18-19, und in den Unterrichtsstunden der „Freiwilligen Gemeinde“ in der Schule (Vorgamstraße) jeden Freitag, nachm. 3-4 Uhr, sowie in der 2. Gemeindefschule (Alter Markt) jeden Dienstag, 3-4 Uhr nachm. Ein entsprechender Vorbereitungsunterricht für alle teilnehmenden Kinder erfolgt in vor genannten Schulen unentgeltlich. In alle freientendenden Eltern, ohne Unterschied der Parteistellung, ergeht hiermit das Ersuchen, ihre Kinder umgehend an eine der obgenannten Stellen anzumelden.

Beihilfen zur Zahlung der neuen Bezüge der Kriegshinterbliebenen. Die Beihilfen der Kriegshinterbliebenen sind durch das Reichsversicherungsamt neu bestimmt worden. Um alle berechtigten Hinterbliebenen möglichst bald in deren Genuß zu setzen, hat der Reichsarbeitsminister eine beschleunigte vorläufige Anerkennung angeordnet und dafür besonders ausführliche Richtlinien aufgestellt. Die Hauptverwaltungsämter sind angewiesen, mit größter Beschleunigung das Verfahren vorzubereiten. Auch die Fürsorgestellen sind durch Vorankündigungen stark in Anspruch genommen. Diese und die Hauptverwaltungsämter sollen überall eng zusammenwirken. Für die Anerkennung können nicht nur die neuen Sätze, sondern auch die Grundsätze für die Anerkennung, die Vorbereitung und Durchführung des Verfahrens, sowie die Anweisung der erhöhten Beihilfen genau geregelt.

Wieder voller Laubetrieb. Nach einer Unterbrechung der Stromlieferung für die Dauer von etwa 2 1/2 Tagen konnten bei den Berliner Untergrundbahnbauten allmählich die eingedungenen Wasserarmen aus den Baugruben der Nord-Südbahn entfernt werden. Auch ist der Grundwasserpiegel in der südlichen Friedrichstraße wieder so weit abgesenkt worden, daß die Wiederaufnahme der Bauarbeiten auf der ganzen Linie von der Waldendamer Brücke bis zum Halleschen Tor wieder aufgenommen werden konnte. Selbstverständlich haben die plötzlich eindringenden Wasserarmen auf allen Baustellen erheblichen Schaden angerichtet, der erst nach einiger Zeit behoben werden kann. Die zunächst befürchteten Einsturzfahrten für die in der Nähe der Baugruben stehenden Häuser der Friedrichstraße kann jedoch heute schon als völlig abgewendet betrachtet werden.

Große Volkssoper Berlin. Am Freitag, den 12. November 1920, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet die Große Volkssoper Berlin im Großen Saal der „Neuen Welt“ einen Verdi-Buccini-Abend. Als Solisten sind Hertha Stolzenberg (Charlottenburger Opernhaus), Josef Mann (Staatsoper) und Heinrich Schlusnus (Staatsoper) gemeldet worden. Eintrittskarten zum Preise von 3,40 Mark sind noch im Bureau des Volksbildungsamtes, Zimmer 218 des Rathauses erhältlich.

Taubenausstellung. Zum ersten Male nach dem Kriege veranstaltet der Verband der Taubenzüchter Groß-Berlins und der Provinz Brandenburg (e. V.) vom 13. bis 15. November im großen Saale der Pfefferberg-Brauerei, Berlin, Schönhauser Allee 178, eine größere Tauben-Ausstellung. Die Eröffnung der Ausstellung findet am Sonntag, abend, den 13. d. M., nachmittags 2 Uhr, statt.

Verlegung einer Wohnungsinsektion. Am 8. November 1920 sind die Geschäftsräume der 7. Wohnungsinsektion von Greifswalder Str. 51 nach Prenzlauer Str. 35 verlegt worden.

Vereinskalender

Zentralverband des Handwerks, Hochgruppe 4 (Wittichen-Kasse): Offener Tagungsversammlung am 12. November, abends 7 1/2 Uhr, Sophienstraße, Erdgeschoss, Nr. 17-18. — Hochgruppe 7 (Spezialgeschäft außer Lebensmittel): Tagungsversammlung am 12. November, abends 7 1/2 Uhr, Sophienstraße, Erdgeschoss, Nr. 17-18. — Hochgruppe 10 (Spezialgeschäft außer Lebensmittel): Tagungsversammlung am 12. November, abends 7 1/2 Uhr, Sophienstraße, Erdgeschoss, Nr. 17-18. — Hochgruppe 19 (Spezialgeschäft außer Lebensmittel): Tagungsversammlung am 12. November, abends 7 1/2 Uhr, Sophienstraße, Erdgeschoss, Nr. 17-18. — Hochgruppe 15 (Spezialgeschäft außer Lebensmittel): Tagungsversammlung am 12. November, abends 7 1/2 Uhr, Sophienstraße, Erdgeschoss, Nr. 17-18. — Deutscher Wertmaler-Verband, Hochgruppe Holzindustrie, Kunstler- und Restaurationsvereine: Tagungsversammlung der gesamten Holzindustrie, Freitag, den 12. November, nachm. 7 Uhr, Haverlands Hof, Lützenkauf, Neue Friedrichstraße 25. — Städtische Arbeitervereine Groß-Berlin, Am Connaaberg 12, November, abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Zentralversammlung in der Schule Reichenberger Straße 15. Alle Delegierten müssen vertreten sein. Der geschäftsführende Ausschuss: Städtische Arbeitervereine Groß-Berlin, Am Connaaberg 12, November, abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Zentralversammlung in der Schule Reichenberger Straße 15. Alle Delegierten müssen vertreten sein. Der geschäftsführende Ausschuss: Arbeiter-Mandatskreis Berlin, Connaaberg 12, November, nachmittags 7 Uhr, öffentliche Zentralversammlung, Mühlberg-Str., Zimmer 127 vom Weizener Hofhof.

Aus den Organisationen

1. Bezirk, Wohnungskommission, Mittwochabend Sonnabend, 7 Uhr, Schulstraße 18. Eintritt für Kinder frei. Erwachsene 1 M. — 2. Bezirk, heute abend wichtige Sitzung der Leitungsausschüsse und Helfer bei Schmitt, Alte Jakobstr. 24. — 3. Bezirk, Sonnabend, 6 Uhr, Materialausgabe bei Werner („Freiheit“-Edition) an Abteilungsleiter, 7 Uhr Ausgabe des Materials in den Abteilungsstellen, Einhalten aller Genossen Pflicht. — Verwaltungsausschuss Arbeitervereine, Abteilungsleiter der kommunalen Kommission, Sonnabend gemeinsame Sitzung (Waltung Crispian-Lebedour) bei Kallisch, Schlegelstr. 8, 7 Uhr. — Charlottenburg, heute, Freitag, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung in der Hindenburg-Realschule, Curdstraße, Vortrag des Genossen Vögler über „Selbsthilfe“. — Friedrichshagen, Freitag, den 12. November, abends 7 Uhr, Jubiläum aller Gagner der Redaktionen in dieses Vortrags (Walter Gatz). Wichtige Lagerordnung, sämtliches Erscheinen aller Mitglieder erbeten. Saal geöffnet. Mitgliedsbuch legitimiert.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kappel, Berlin. Verantwortlich für den Inhalt: Ludwig Komerling, Karlsruhe. Verlagsverwalter: „Freiheit“, e. V., Berlin. — Druck bei „Freiheit“, Friedrichstr. 18, Berlin, G. S. Postfach 113.



Hühneraugen
Mornhaun, Schwielen u. Wanzen
beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos
Kukirol 100000fach bewährt
Preis M. 3,- in Apotheken u. Drogerien erhältlich
Vorsicht vor Nachahmungen. Kukirol steht einzig da.

Spaß muß sein

In jedem Heft der „FREIEN WELT“

Reich illustriert! +++ Einzelheft 50 Pf.

Caid 40's
die gute Zigarette

Caid 40's
die gute Zigarette

MASSARY ZIGARETTEN